

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugpreis:**  
 Vierteljährlich 4,50 RM., monatlich 1,50 RM., frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich, vom Posthalter abzuholen 1,50 RM., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.— RM. für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,80 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Redaktionspreise für Anzeigen sind: 50 Wg. „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Wg. (zählend 2 geteilte Worte), jedes weitere Wort 15 Wg. Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. (zählend 2 geteilte Worte) abwärts. Für Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine: Anzeigen 60 Wg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin, E. B. G., Lindenstraße 3, abzugeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 8. Juni 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 99—151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 99—151 97.

# Rege italienische Angriffstätigkeit.

## Neue Reichsbesitzsteuern.

Der Reichstag scheint auf dem besten Wege, durch Einbeziehung von ergebnisreichen direkten Steuern eine bemerkenswerte Verbesserung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Steuerplans durchzuführen.

Graf Roederer, der am Sonntag noch eine Besprechung mit den Vertretern der bundesstaatlichen Finanzminister haben wird, dürfte am Montag oder bei der nächsten passenden Gelegenheit im Hauptausschuß erklären, daß der Bundesrat aus dem Antrag der Mehrheitsparteien vom 13. Mai die Kriegsabgabe vom Einkommenszuwachs und eine Abgabe vom Vermögen annehme.

Mahgebend ist das Mehreinkommen gegenüber der letzten Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen tritt an Stelle der letzten Friedensveranlagung das festgestellte durchschnittliche Einkommen der Jahre 1912, 1913 und 1914. Die Steuerätze für die Einkommensvermehrung sind durchzustaffeln, beginnend mit 5 vom Hundert für die ersten 30 000 RM. Mehreinkommen, abschließend mit 50 vom Hundert als Höchststaffel. Der Ertrag wird auf 850 Millionen Mark geschätzt.

Vermögen soll von 50 000 RM. an abgabepflichtig werden, und zwar von 1 vom Tausend steigend bis 5 vom Tausend bei einem Vermögen von einer Million. Diese Vermögenssteuer greift nicht den Stof des Vermögens, sondern seinen Ertrag an, ist also im Grunde nichts als eine qualifizierte Einkommenssteuer auf das sogenannte fundierte Einkommen. Unter der Annahme einer 5 proz. Verzinsung schuldet der Besitzer einer Million nach diesem kommenden Gesetz 5000 RM. oder 10 Proz. des Ertrages als Vermögensabgabe dem Reich. Der Gesamttrag der neuen Steuer wird auf 350—450 Millionen Mark angenommen.

Einem möglichst bald zu errichtenden Reichsfinanzhof sollen die Entscheidungen über die aus den Reichssteuern ergebenden Streitigkeiten übertragen werden.

Die Reichskommissare für indirekte Steuern und Zölle sollen zur Nachprüfung der Veranlagungen von Reichssteuern ermächtigt werden.

Die Reichsgesetzgebung, die Erweiterung der Befugnisse der Reichskommissare und der Reichsfinanzhof werden auch in der Richtung einer Vereinheitlichung der bundesstaatlichen Einkommenssteuern wirken, die Graf Roederer in seinem Begleitvortrag zu den Steuervorlagen als notwendig bezeichnet hat.

Endlich sei noch gesagt, daß außer diesen Steuern im Herbst die neue Kriegsgewinnsteuer für physische Personen kommt.

## Das Foch der deutschen Initiative.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 6. Juni.  
 Nachdem die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne offenbar vorläufig ihren Abschluß erreicht hat, läßt sich als wichtigstes Gesamtergebnis der bisherigen deutschen Offensive die völlige Auseinandersetzung der feindlichen Reserven klar überblicken. Schon die März- und Aprilschlachten hatten durch die empfindliche Schwächung des Gegners und die notwendig gewordene enorme Verlagerung der französischen Front Fochs bereitgestellte Operationen ermöglicht und seine übrigen Frontreserven auf die von der deutschen Führung vorgeschriebenen Einzelabschnitte konzentriert. Wie sehr Foch schon damals mit seinen Reserven von der Hand in den Mund lebte, zeigt der beschleunigte Antransport des englischen Desimolieres der härtere Einsatz amerikanischer Abwehrkontingente und die völlig notwendig gewordene Hilfeleistung Italiens. In seiner Reservendistribution von Mitte Mai, die zwischen Rohon und dem Meer vor allem Paris, Amiens und die Aisne schloß, hat der dritte deutsche Schlag neue Verwirrung gebracht. Von der stark besetzten Nord- und der normal besetzten Ostfront mußten wiederum, da freie Reserven nicht mehr zur Verfügung standen, erhebliche Kräfte abgezogen werden, um nicht nur das Loch zwischen Soissons und Reims zu verstopfen, sondern auch um die neue, Paris immer noch verteidigende Angriffsfront wirklich stark zu besetzen. Damit ist Foch wiederum der Verfügungsgewalt über einen starken Teil seiner Reserven beraubt und drückender noch als bisher unter das Joch der deutschen Initiative gezwungen. Während die deutsche Heeresleitung mit ihrem immer noch gewaltigen Reservereichtum operieren kann wo sie will, sieht Foch zwischen Reims und dem Meer an Händen und Füßen gebunden da, überall auf einen neuen deutschen Angriff gefaßt, aber nirgends fähig, selber auszugreifen.

Dr. Ab Räder, Kriegsberichterstatter.

Lugano, 7. Juni. Der Pariser Vertreter des „Secolo“ drückt seinem Blatte: Wie erwartet, ist die Eröffnung der Schlachtfront am 10. Kampftage eingetreten. Die amtlichen Berichte enthalten jedoch keine Ankündigung dieses Ereignisses. Es wäre unnötig, sehr pessimistisch zu sein.

Paris, 7. Juni. Ein Erlaß setzt einen Verteidigungsausschuß für das verhängte Lager von Paris unter dem Vorsitz des Kriegsministers ein, mit der Aufgabe, die auf die Organisation der Be-

## Bei Sarey die feindlichen Linien beiderseits der Ardre genommen — Kämpfe an der österreichisch-italienischen Front.

Berlin, 7. Juni 1918, abends. Amtlich.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Juni 1918. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Rege Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Reumel nahmen wir 2 Offiziere und 50 Mann gefangen.

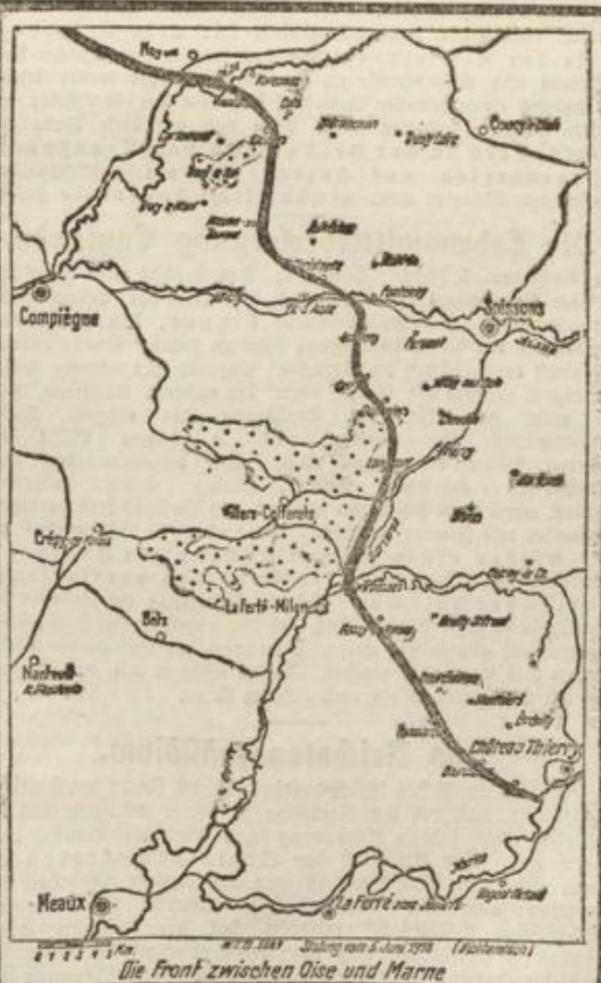
**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Auf dem Schlachtfelde blieb die Geschützaktivität auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Südlich von Sarey nahmen wir nach starker Artillerievorbereitung die feindlichen Linien beiderseits der Ardre. Wir machten 300 Gefangene.  
 Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Im Südwesten gefolgte sich gestern den Geschützkämpfen der letzten Tage wieder lebhaftere Infanterietätigkeit bei. An der unteren Piave, bei Duers und Mori und auf dem Monte Spinnichia verfestigten wir durch ein Sturmtrouppenunternehmen unsere Stellungen.  
 Auf dem Monte Sisonol wurde der Angriff eines Bataillons im Gegenstoß abge schlagen.

Bei Asiago scheiterten zwei feindliche Vorstöße in unserem Feuer.  
 Der Chef des Generalstabes.



waffnung und Lebensmittelversorgung des verhängten Lagers bezüglichen Maßnahmen wahrzunehmen und zu beaufsichtigen. General Dubajl wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt.

## Der gespannte Bogen.

Wieder ist eine gewaltige Offensive, soweit die Berichte erkennen lassen, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die Resultate bedeuten zweifellos einen gewaltigen militärischen Erfolg, sie sind ein Beweis für die Ueberlegenheit der deutschen Truppen, die bei nur gleicher Stärke mit dem Feinde nun schon zweimal auf Anhieb das Durchbruchresultat erzielt haben, das in den vergangenen Jahren unseren Feinden trotz gewaltiger Ueberzahl, trotz zehnmaligen Ansturms, trotz höchster blutiger Opfer stets verjagt blieb.

Aber die Benützung über derartige Leistungen, in denen sich die innere moralische Kraft unseres Volkes dokumentiert, darf nicht dazu führen, jedes weitere Denken auszusparen. Kriegshandlungen dürfen niemals, wie wir das hier und da beobachtet, unter dem Gesichtswinkel sportlicher Rekordleistungen betrachtet werden, sie sind nicht wie ein Hoch- oder Weitsprung um ihrer selbst willen da, sondern Mittel zu einem sehr ernsten Zweck.

Kriegshandlungen sollen — das ist wohl die schulmäßige Definition — den Kriegswillen des Gegners brechen. Wenn aber, die da von einer solchen Verjämmerung unserer Gegner träumen, daß diese sich willenlos dem Diktat des deutschen Siegers unterwerfen, muß immer wieder vor Augen gehalten werden, daß die bisherigen Erfolge noch nicht einmal dazu geführt haben, sie einem Verständigungsfrieden geneigt zu machen. Das deutsche Volk steht also auf alle Fälle noch vor weiteren sehr schweren Opfern und Kämpfen und nur kurzfristigkeit oder Verblendung vermag das zu leugnen.

Und nicht nur noch weitere schwere Kriegszeit, auch schwere Friedenszeit steht uns bevor. Das englische Oberhausmitglied Lord Bismarck, ein Anhänger Lord Lansdownes, hat kürzlich ein nachdenkliches Wort gesprochen, zu dem man vergeblich ein Parallellat aus dem Munde eines edeln oder erlauchten preussischen Herrenhausmitgliedes suchen würde. Es lautet etwa: „Den wirklichen Sieger in diesem Kriege wird man 10 oder 20 Jahre nach seiner Beendigung erkennen. Es wird die Nation sein, die am besten in stande sein wird, der wachsenden Unzufriedenheit zu begegnen, die drohende Hungersnot abzumwenden und das Volk von den fürchterlichen Folgen des allgemeinen Bankrotts zu retten, dem sich Europa täglich mit wachsender Geschwindigkeit nähert.“

In diesem Worte liegt viel Wahrheit. Es zeigt, daß auch nach dem Kriege jedes Volk noch jahrzehntelang die ganze geeinte Volkskraft wird daransetzen müssen, um nicht doch noch schließlich — trotz scheinbar günstigen Abchlusses — in den Strudeln dieser Weltkatastrophe unterzugehen.

Dazu ist aber vor allem notwendig, daß das ganze Volk mit Lust und Interesse am Staatsgange erfüllt ist. Und deshalb ist in allen demokratisch regierten Ländern von vornherein eine günstigere Vorbedingung für den Kampf gegen den wirtschaftlichen Untergang gegeben. Sehr mit Recht zählt Lord Bismarck es zu den Voraussetzungen des endlichen, erst in Jahrzehnten sich entscheidenden Sieges, welchem Volke es am besten gelingen wird, die wachsende Unzufriedenheit im Innern zu überwinden.

Gegen diese Voraussetzung wird aber zurzeit wohl nirgends schlimmer gelündigt als in Deutschland. Ein kleines Symptom: Bei der Präsidentenwahl lehnen die Konservativen einen ihnen angebotenen Sitz ab, weil sie nicht neben dem Sozialdemokraten Scheidemann im Präsidium sitzen wollen. Unter den Soldaten, die jetzt an der Front so Außerordentliches geleistet haben, befinden sich Millionen Sozialdemokraten, sie alle bluten und leiden auch für die Herren auf der Rechten, — aber diesen erfährt es entwürdigend, neben einem Sozialdemokraten im Präsidium zu sitzen. Ob einer von ihnen draußen, verwundet sich auch nicht von einem Sozialdemokraten aus dem Feuer tragen ließe?!

Die sachlichen Debatten der letzten Tage haben noch viel deutlicher gezeigt, wie im Innern der Bogen gespannt wird. Die strenge Handhabung des Belagerungszustandes gehört auch zu den Dingen, die nur sehr schlechte Psychologen für fleißig fordernd halten können. Ein Vertreter des Kriegsministeriums, dem die Ungefährlichkeit der Briefzensur nachgewiesen wird, beruft sich auf das „ungefährliche staatliche Notwehrrecht“. Mit diesem ungefähren Notwehrrecht wird wohl überhaupt die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes begründet, die, wie wir hier öfter nachwiesen, durch geschriebenes Gesetz nicht begründet werden kann. Aber ist dem Herrn General vom Kriegsministerium nicht aufgefallen, daß er mit seinem „ungefähren staatlichen Notwehrrecht“ eine letzten Endes sehr revolutionäre Staatsrechtslehre aufgestellt hat? Wenn es ungefähre Notwehrrechte gibt, Herr General, werden dann nicht auch andere als die Staatsregierung solche ungefähren Notwehrrechte bei Gelegenheit für sich in Anspruch nehmen?

Die unheilvollen Folgen einer Innenpolitik, der jedes psychologische Augenmaß fehlt, zeigen sich heute bereits allent-

haben. Genosse Wendel hat in seiner Rede darauf hingewiesen, wie verheerend diese Politik auf die Stimmung in den Reichsländern eingewirkt hat. Ihm ist von Regierungsseite vorgeworfen worden, seine Worte würden kriegsverlängernd wirken. Aber Wendel hat nicht gesagt, er hat sogar ausdrücklich in Abrede gestellt, daß die Reichsländer durch den Krieg französischfreundlicher geworden seien. Er hat lediglich darauf hingewiesen, daß sich jetzt bei einer Abstimmung zunächst eine elementare Proteststimmung gegen die Handhabung des Belagerungszustandes in Elsaß-Lothringen entladen würde. Die Franzosen können also Wendels Worte als Beweis für ihr angebliches Recht auf Elsaß-Lothringen in keiner Weise ausschlagen. Ausdrücklich hat Wendel hervorgehoben, daß vor dem Kriege jede Abstimmung in Elsaß-Lothringen eine erdrückende Mehrheit für Deutschland ergeben hätte. Und die jetzige Mißstimmung richtet sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen die Politik einzelner Personen, mit der die große Masse des deutschen Volkes durchaus nicht einverstanden ist.

Während man uns im Westen die Elsaß-Lothringer entfremdet, erleben wir im Osten, im oberösterreichischen Wahlkreis Gleiwitz eine Wahl, die den ausgesprochenen Charakter einer Protestwahl trägt. Die verkehrte Polenpolitik nach innen und außen zeigt ihre Wirkungen.

Und nun kommt gar die Nachricht, daß in Preußen das Wahlrechtskompromiß zwischen den beiden konservativen Parteien und dem rechten Flügel der Nationalliberalen perfekt geworden sei. Den Inhalt erfährt man nicht, aber wie ein Wahlrecht Seydebrand-Lüdicke-Fuhrmann aussehen wird, kann sich jeder denken. Da muß man doch gewisse Leute fragen: Mit wem wollt ihr denn eigentlich siegen, wer bleibt euch denn noch übrig? Der österreichische Bundesgenosse wird täglich in der alldeutschen Presse in demütigender Weise heruntergeputzt, ihm seine „Danfeschuld“ so eindringlich zu Gemüte geführt, daß man sich wundern muß, wenn jenseits der Grenzspalte überhaupt noch jemand Sympathie für uns hat. In den östlichen Randstaaten haben uns dieselben Kreise um die Sympathie der Wähler gebracht, die uns auch die einheimischen Polen gänzlich entfremden. Im Reichstag erklärt ein Vertreter des Kriegsministers, daß sich die Worte „innerhalb des Deutschen Reiches“ nicht auf Elsaß-Lothringen beziehen. In Preußen erbittert man nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch Angestellte, Beamte und Mittelstand mit der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage.

Ja, wer soll noch bleiben? Das deutsche Volk ist zwar aus gutem Glauben geschminkt, aber dümmert nicht endlich gewissen Kreisen die Einsicht, daß auch der beste Bogen sich nicht beliebig spannen läßt?

## Abschluß des deutsch-holländischen Abkommens.

Amsterdam, 7. Juni. Wie das „Handelsblad“ meldet, haben die zwischen der niederländischen und deutschen Regierung gepflogenen Unterhandlungen über eine Regelung der Vorschriften bezüglich der Durchfuhr von Gütern von Belgien nach Deutschland zu einem glücklichen Abschluß geführt.

## Neuer englisch-deutscher Gefangenen-austausch-Vertrag.

### Untergang der Königin Regentes.

Amsterdam, 7. Juni. Dem „Nieuws van den Dag“ zufolge wird der Vertrag über den Austausch deutscher und englischer Kriegsgefangenen, der Ende Juni dieses Jahres zu Ende geht, keine Verlängerung erfahren. An seine Stelle soll vielmehr ein neues Uebereinkommen, das den Austausch von großen Gefangenentransporten vorsieht, gesetzt werden.

Bonar Lato teilte vor einigen Tagen im Unterhause mit, daß der Staatssekretär für innere Angelegenheiten, Sir George Cave, Lord Newton und General Welfield zu Delegierten für die Konferenz im Haag bestimmt wurden. Diese Delegierten reisten mit dem Hospitalschiff „Koningin Regentes“ (1700 Dr. R. A.), das aber auf eine Mine lief, mitten durchbrach und versank. Das Hospitalschiff „Sindoro“, das sich 300 bis 400 Meter von der Schiffbruchstelle entfernt befand, rettete Mannschaft und Passagiere und setzte in der Nacht zu Freitag auch die englischen Delegierten in Rotterdam an Land.

Amsterdam, 7. Juni. Wie den hiesigen Blättern aus Rotterdam gemeldet wird, haben einige Leute der Besatzung der Königin Regentes behauptet, daß das Hospitalschiff durch einen Torpedo zum Sinken gebracht worden sei. Das Blatt „De Telegraaf“ sucht den Einbruch zu erweisen, daß der Unfall auf eine beachtliche Kampfhandlung der Deutschen zurückzuführen sei. Eine behördliche Untersuchung ist im Gange.

Von deutscher Seite wird zu dem Untergang der „Königin Regentes“ amtlich erklärt:

Laut Nachrichten aus Ostland ist der Dampfer „Königin Regentes“ auf der Fahrt von England nach Ostland auf eine Mine gelaufen und gesunken. Der Dampfer gehörte zu den für den Austausch von Kriegsgefangenen und Internierten bestimmten Schiffen, für die auf bestimmten Routen freie Fahrt im Sperrgebiet zugesichert ist. Bei dem Unfall, der den Verlust des Dampfers herbeigeführt hat, befanden sich keine Austauschpersonen an Bord. Von deutscher Seite sind auf der zugesicherten freien Fahrstraße keine Minen gelegt.

### Cooreman an Clemenceau.

Rotterdam, 7. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt aus Le Havre: Ministerpräsident Cooreman hat telegraphisch allen Regierungen der Alliierten in Paris, London, Rom und Washington seinen Amtsantritt mitgeteilt. An Clemenceau drahtete er: Ich lege Wert darauf, Ihnen zu versichern, daß der so freundschaftliche und lokale Charakter der Beziehungen zwischen der belgischen und der Regierung der französischen Republik unverändert bleiben wird.

## Die Ukraine besteht auf Besarabien.

Kiew, 6. Juni. Eine ukrainische Antwortnote ist gestern an die rumänische Regierung abgefaßt worden. Die Ukraine besteht darauf, daß das Moldauparlament zur Abstimmung über die Angliederung Besarabiens von der Bevölkerung nicht bevollmächtigt gewesen sei und daß die besarabische Bevölkerung die Vereinigung mit der Ukraine anstrebe, mit der sie historisch und wirtschaftlich eng verbunden sei.

## Der Höhere Rat der Volkswirtschaft Rußlands

Das Berliner Informationsbureau der Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Die Oktoberrevolution hat neben der politischen Macht der Sowjets den Grundstein einer Organisation von weit größerer Bedeutung zur Einführung des Sozialismus gelegt, sie hat den Höheren Rat der Volkswirtschaft Rußlands ins Leben gerufen. Diese Organisation bildete sich aus der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse heraus und war vom Leben dazu berufen, die ganze Produktion und Verteilung derselben zu überwachen und zu regulieren. Ihr zur Seite standen die Fabrikkomitees und Gewerkschaften. Während der Periode von Oktober bis jetzt haben sich über das ganze große Land verschiedene ökonomische Organisationen des Proletariats gebildet, und die Aufgabe des Höheren Rats der Volkswirtschaft ist es, diese Organisationen zu systematisieren und zu filtern. Der Höhere Rat der Volkswirtschaft ist sich dessen bewußt, daß er die Hauptwaffe der proletarischen Umwälzung im Wirtschaftsgebiet bildet und den Weg zum Sozialismus zu ebnen hat. Er muß so stark werden, daß ein jedes Pfund Eisen und Brot nur mit seiner Genehmigung verbraucht werden darf; das ist das Ziel, zu welchem er strebt. Der Höhere Rat der Volkswirtschaft ist eine rein proletarische Organisation und als solche beabsichtigt, die Produktion und Verteilung auf sozialistischer Grundlage zu bilden.

Das Examen in der politischen Macht hat das Proletariat Rußlands bestanden, jetzt steht ihm die Lösung der Wirtschaftsverhältnisse bevor, die weit schwieriger, aber daher um so dankbarer als die erste ist. Im Bewußtsein dessen hat der Höhere Rat der Volkswirtschaft einen Kongreß der Vertreter aller proletarischen ökonomischen Organisationen wie: die regulierenden Zentren (Hauptkomitees) einzelner Zweigkomitees der Wirtschaft und örtlicher Komitees des Höheren Rats der Volkswirtschaft einberufen.

Die Tagung dieses Kongresses begann am 28. Mai. Es sind anwesend 85 Delegierte mit entscheidender und 109 mit beratender Stimme. Der Vorsitzende des Höheren Rats der Volkswirtschaft, Genosse Michlow, eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache an die Versammelten. Nachdem die Wahl des Präsidiums vollzogen ist, erhält Genosse Lenin das Wort. Er weist in seiner Rede auf die Bedeutung hin, die der Höhere Rat der Volkswirtschaft im zukünftigen Leben erhalten wird:

Dieser Organisation ist es beschieden, die Hauptrolle im Lande zu übernehmen, sobald der Widerstand der Ausbeuter endgültig gebrochen worden ist und das Proletariat gelernt hat, die sozialistische Produktion zu organisieren. Der alten Form des Staates ist es bestimmt, abzugeben, während der Höhere Rat der Volkswirtschaft zur Blüte und Entwicklung und Uebernahme der Leitung in der neuorganisierten Gesellschaft bestimmt ist. Alles das, was wir bisher vom Höheren Rat gesehen haben, gibt uns keinen Anlaß, pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Wenn wir auch gegungen werden, dieses oder jenes wieder zu ändern so ist es ganz selbstverständlich, denn wir müssen alles lernen und können das nur in der Praxis des Kollektivismus. In Rußland wird zum erstenmal ein Bestehen der Welt dazu geschritten, den Sozialismus zu verwirklichen, und wir haben keinen Vorgänger, an welchem wir lernen könnten. Eins aber wissen wir bestimmt, daß der Umbau der Gesellschaft historisch vorherbestimmt ist, eine so große Linie einzuschlagen, daß das Privatkapital auf die Mittel der Produktion von der Geschichte verurteilt ist und die Ausbeuter der Expropriation unterliegen müßten.

Lenin schloß: Als wir die Nacht an uns rissen, müßten wir es beschaffen tun, um an die sozialistische Reorganisation zu schreiten. Alsdann begannen die Verhandlungen. Der Kongreß tagt noch.

## Eine Transportzentrale der Alliierten.

London, 7. Juni. (Reuter.) Der politische Mitarbeiter des „Daily Mail“ berichtet, daß die Regierung einen Entwurf für die einheitliche Organisation der Transporte von Lebensmitteln und Rohstoffen, die die Alliierten brauchen, genehmigt hat. Es sollen fünf Ausschüsse errichtet werden, denen Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten angehören werden. Jeder Ausschuss wird die Aufgabe haben, die Beschaffung der von ihm benötigten Artikel mit den Bedürfnissen der anderen Ausschüsse in Einklang zu bringen. Die Ausschüsse werden aus Fachmännern bestehen. Sie werden eine große Zentralbehörde für alle Erfordernisse der Alliierten bilden und werden ihre Berichte über Zufuhren und Erfordernisse an den Schiffsfahrtsrat weiter leiten, der dadurch einen genaueren Ueberblick über die der Schifffahrt gestellten Aufgaben erhalten wird. Man will auf diese Weise den Wettbewerb in der Beschaffung von Transportgelegenheiten ausschalten und alle wirtschaftlichen Waffen der Alliierten unter einheitliche Kontrolle stellen.

## Die Lebensmittelversorgung Englands.

Amsterdam, 7. Juni. (Telunion.) Aus London wird gemeldet: Bei der Besprechung des Staats des Ministers für Lebensmittelversorgung im Unterhause erklärte Clynnes, daß alles getan worden sei, um die Volksernährung sicher zu stellen. Ein besonderes Verdienst daran hätten die Seeleute. England hat schwere Lasten zu tragen, größere als irgend einer der anderen Alliierten, weil es nicht nur für die Ernährung des eigenen Volkes verantwortlich ist, sondern auch in hohem Maße die anderen Völker unterstützen muß. Die Resultate der vom Ministerium befolgten Politik können sofort festgestellt werden, wenn man sich daran erinnert, wie die Ausfuhr im letzten Dezember und Januar lauteten. Wahrscheinlich werden wir nie wieder einen solchen Zustand der Knappheit durchzumachen haben, wie dies Ende des verfloffenen Jahres der Fall war. Bei der Erörterung der Arbeiten des Ministeriums sagte Clynnes, daß das Lebensmittelprogramm täglich geregelt und abgeändert werde, je nachdem die wechselnden Forderungen dies notwendig machen. Weiter teilte er mit, daß England von der Margarineinfuhr noch absähen könne.

## Das Reichstagspräsidium.

Die Neuwahl des Reichstagspräsidiums findet am heutigen Tage statt, nachdem der Reichstag in seiner gestrigen Sitzung die schon angekündigte Aenderung seiner Geschäftsordnung vollzogen hat. Der Anspruch der Sozialdemokraten auf einen Platz im Präsidium ist von der großen Mehrheit der Parteien anerkannt worden. Wie Genosse Schöpslin im „Sächsischen Volksblatt“ mitteilt, hat die Fraktion einstimmig beschlossen, daß ein sozialdemokratischer Vizepräsident die durch Herkommen bestehenden Verpflichtungen erfüllen sollte.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags befaßte sich am Freitag mit dem ihr vom Plenum überwiesenen Antrag, eine Wändelung der Geschäftsordnung vorzunehmen. Graf

Weslarp widersprach der Aenderung, weil er ein Bedürfnis nicht als vorliegend anzuerkennen vermöge. — Abg. Ledebour beantragte, anstatt der vorgeschlagenen drei Vizepräsidenten vier Vizepräsidenten zu wählen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimme des Abg. Ledebour abgelehnt. Auch ein Antrag Dr. Jund, der verlangt hatte, daß die Vizepräsidenten in der Reihenfolge ihres parlamentarischen Alters präsidieren sollten, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Unabhängigen abgelehnt. Folgender Beschluß wurde dann mit allen gegen die zwei Stimmen der Konservativen angenommen. Der § 9 Absatz 2 und § 13 Absatz 2 der Geschäftsordnung erhalten folgende Fassung:

§ 9 Absatz 2: Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten, wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

§ 13 Absatz 2: Der Präsident bestimmt im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

## Die Wahlreform in Baden.

Aus Karlsruhe meldet W. T. B. unter dem 7. Juni: In der heutigen Sitzung der Zweiten Badischen Kammer wurde der Antrag der Kommission auf Einführung der Verhältniswahl zur Zweiten Kammer mit 27 Stimmen der Linken gegen 24 der Rechten angenommen. Der Antrag auf Minderung der Adelsvertreter in der Ersten Kammer wurde mit 27 Stimmen (Rechten) gegen 24 Stimmen (Rechten) angenommen. Der Antrag auf Einführung von Arbeitervertretern in die Erste Kammer wurde einstimmig angenommen. Der Antrag Muser auf Einführung des Frauenwahlrechts wurde abgelehnt.

## Ein polnischer Wahlsieg.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Opatow 4—Lublin—Lodz—Gleiwitz für den verstorbenen Zentrumskandidaten Oberlandmesser Stadrat Warlo wurden nach Meldung des W. T. B. bisher gezählt: für den Abgeordneten Korfanty (Pole) 13 700 Stimmen, für Rechtsanwalt Kehlert (Zentrum) 8847 Stimmen. Einige Wahlresultate stehen noch aus, die aber an der Wahl des Abgeordneten Korfanty nichts ändern.

Den überraschend großen Sieg der Polen über die Zentrumspartei, die noch 1912 in der Stichwahl mit 10 327 gegen 10 312 polnische Stimmen siegte, während jetzt der Pole mit 5000 Stimmen Vorsprung als Sieger aus der Urne hervorgeht, führen die alldeutschen Blätter darauf zurück, daß angeblich die Polen reklamiert seien, während die deutschen Wähler im Felde stehen. Wir sehen in dem Resultat die natürliche Folge einer verkehrten und von der Sozialdemokratie verurteilten Polenpolitik sowohl im Innern des Reichs wie bei den Friedensschlüssen im Osten. Der gewählte Abgeordnete Korfanty gehört dem nationalsozialistischen Flügel der Polenpartei an, als preußischer Abgeordneter hatte er bei den letzten Polendeckungen im Landtag bestige Zusammenstöße mit der Regierung.

Um den 1. Berliner Wahlkreis. Die von einer hiesigen Lokalcorrespondenz ausgegebene Nachricht, wonach die Unabhängigen Düssel als Kandidaten im 1. Wahlkreis aufgestellt haben sollten, wird vom Unabhängigen Zeitungsdienst dementiert. Interessant ist aber, daß dies Organ der Unabhängigen die vom „Vorwärts“ unter Quellenangabe wiedergegebene Meldung eine Verleumdung nennt. Danach lassen die Unabhängigen die Behauptung, daß sie ihren Parteigenossen Düssel aufgestellt hätten, als schwere Kränkung auf.

## Letzte Nachrichten.

### Die deutschen U-Boote in amerikanischen Gewässern.

Genf, 7. Juni. „Petit Parisien“ meldet aus Washington, daß es 5 (?) deutsche U-Boote seien, die in amerikanischen Gewässern kreuzen.

Oslo, 7. Juni. Reuter meldet aus Washington: Das norwegische Dampfschiff „Eidsrold“ und das norwegische Dampfschiff „Eids“ wurden von einem deutschen U-Boot an der amerikanischen Küste versenkt.

### Zusammentritt des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 7. Juni. Der Ministerpräsident hat auch gestern mit den verschiedenen Parteien konferiert. In parlamentarischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß das Abgeordnetenhause am 18. Juni zusammentreten wird.

### Das polnische Hilfskorps vor dem Kriegsgericht.

Wien, 7. Juni. Meldung der Wiener K. K. Korrespondenz-Bureau. Am 8. Juni beginnt in Marmaros Sziget die Hauptverhandlung gegen eine Anzahl Angehöriger des polnischen Hilfskorps. Die Vorgänge, welche die Beurlaubung bilden, sind folgende: Der größte Teil des im Bereiche der Ofstroni disloziert gewesenen polnischen Hilfskorps ist am 15. Februar, acht Uhr abends, nach Jersburg von Eisenbahn, Telegraphen- und Telephonlinien in Smigyn, Czernowiz und Luzan Kozmann aus den Kantonnierungsstationen westlich von Czernowiz

### eigenmächtig nach Osten abmarschiert,

mit der offensiblen Absicht, sich über unsere Linien nach der Ukraine durchzuschlagen. Dank geeigneter Maßnahmen unserer Truppen ist es gelungen, trotz verfrühter Gegenwehr des polnischen Hilfskorps den größten Teil desselben am Abmarsch zu verhindern. Circa 120 Offiziere und 3500 Mann des Hilfskorps wurden entwaffnet und nach Jussat überführt, wo die gerichtlichen Erhebungen mit aller Beschleunigung eingeleitet wurden. Auf Grund dieser Erhebungen wird

### Anklage gegen 91 Offiziere und 84 Mann

erhoben, die sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben werden. Circa 100 Angehörige des Hilfskorps werden als Zeugen vernommen. Die übrigen Angehörigen des Hilfskorps werden, soweit sie österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, einer Musterung unterzogen. Die Richtbefugnisse und die zum Landsturmbienste Richtgezeichneten werden entsprechend ihrem Musterungsbefunde ihrer Dienstpflicht in der I. u. I. Armee zugeführt.

### Erweiterter Belagerungszustand in Moskau.

Kiew, 8. Juni. Nach Meldung der Moskauer Presse ist der Belagerungszustand in Moskau auf Sororte im Umkreis von 20 Kilometern erweitert worden. Muratoff hat außerordentliche Vollmachten erhalten. Die Stimmung im Rat der Volkskommissare ist ruhig und zuverlässig. Vieles belastende Material gegen die gegenrevolutionären Parteien, darunter besonders gegen den „Verband der Verteidigung des Vaterlandes und der Freiheit“ ist aufgefunden worden.

# Schutzhaftdebatte im Reichstag.

189. Sitzung, Freitag, 7. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz, v. Bayer, Wallraf.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Graf Westarp (L.) fragt an: Trifft es zu, daß der Abg. Erzberger im Dezember v. J. mit Einverständnis des Auswärtigen Amtes eine Reise nach Wien unternommen hat, über deren Ergebnis er dem Herrn Reichsminister und dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet hat? Hat es sich dabei um politische Angelegenheiten gehandelt, zu deren Erledigung der

Abg. Erzberger vom Auswärtigen Amt beauftragt oder ermächtigt war? Sind dem Abg. Erzberger seitdem auch sonst derartige Aufträge und Ermächtigungen zu politischer Tätigkeit im Auslande erteilt worden, und welche Obliegenheiten sind dem Abg. Erzberger vom Auswärtigen Amt übertragen worden?

Ministerialdirektor Deutscher: Im Dezember 1917 hat der Herr Abg. Erzberger dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er auf eine bis zwei Tage nach Wien zu reisen gedenke. Bei dieser Reise handelte es sich, wie er mitteilte, nicht um politische Dinge, sondern um eine die katholische Kirche betreffende Angelegenheit, deren günstigste Erledigung auch im Interesse des Reiches lag. Aufträge oder Ermächtigungen zu politischer Tätigkeit im Auslande sind Herrn Erzberger weder damals noch später erteilt worden. Von dem Ergebnis seiner Reise hat Herr Erzberger, wie das auch andere Abgeordnete nach ihrer Rückkehr von Auslandsreisen bisweilen tun, dem Auswärtigen Amt Kenntnis gegeben. Ueber die Tätigkeit, die Herr Erzberger ehrenamtlich ausübt, ist im Haushaltsauschuß mehrfach vertraulich Auskunft gegeben worden. Herr Erzberger hat sich, wie dort mitgeteilt werden konnte, seit Ausbruch des Krieges in erfolgreicher Weise bemüht, den amtlichen Presse- und Nachrichtenendienst mit Hilfe eines von ihm geleiteten Bureaus zu unterstützen. Mit der fortschreitenden Verwirklichung des amtlichen Dienstes ist der Ausbau dieses Bureaus, den eigenen Wünschen des Herrn Erzberger entsprechend, und im vollen Einklang mit ihm, schon seit längerer Zeit im Gange. Durch die vorerwähnte, unter außergewöhnlichen Umständen zur Verfügung gestellte Arbeit, die sich jetzt ihrem Abschluß nähert, hat Herr Erzberger sich um den Ausbau des Presse- und Nachrichtenwesens anerkennenswerte Verdienste erworben. (Lautes Gelächter rechts.)

Abg. Graf Westarp (L.) (zur Ergänzung): Ist der Herr Reichsminister bereit, Auskunft darüber zu geben, worin die Erfolge der Tätigkeit des Abg. Erzberger bestanden haben? (Gehterkeit rechts, Lachen im Zentrum.)

Ministerialdirektor Deutscher: Ich habe der Auskunft augenblicklich nicht hinzuzufügen und dafür weitere Auskünfte vielleicht auf den Haushaltsauschuß verweisen.

Abg. Rauhoff (S.) wünscht Auskunft über den

## Niegerangriff auf Köln.

General v. Wrisberg: Bezüglich der Alarmierung in Köln bei dem Luftangriff vom 18. Mai hat der Chef des Stabes der Luftstreitkräfte der Stadtverordnetenversammlung von Köln am 31. Mai ausführliche Auskünfte gegeben. Danach hat die Alarmierung der Bevölkerung nicht so rechtzeitig stattgefunden, daß die Bürger den Schutz hätten finden können, wie es hätte geschehen müssen. Der feindliche Anflug deutete zunächst auf Feind, dann auf Koblenz, zuletzt waren die Flieger 60 Kilometer vor Köln am Geräuß erkannt und gemeldet worden. Die Kölner Beobachtungsstelle gab um 9 Uhr 40 Min. an die Alarmposten das Zeichen: Luftgefahr! und wartete auf weitere Meldung. In der Zwischenzeit hätte der Alarm erfolgen müssen. Das ist unterlassen und darin liegt der Fehler, der gemacht worden ist. Die Schwierigkeiten für den Schutz in solchen Augenblicken sind aber sehr groß. Wenn auch nicht zu spät alarmiert werden darf, so darf ebensowenig zu früh alarmiert werden, weil vorzeitiger Alarm die stete Gefahr in sich birgt, daß die von der Strafe verschonten Leute wieder aus ihren Unterschlüpfen herauskommen und sich erneut den Angriffen aussetzen.

Bezüglich der gegenseitigen Einschränkung von Luftangriffen ist folgendes zu sagen: Deutschland kann die Einstellung der Niegerangriffe auf Städte außerhalb der Kriegesgebiete bei unseren Gegnern nicht anregen. Von den gegnerischen Regierungen ist ein dahngehender Antrag bisher nicht gestellt worden. Sollte ein solcher Antrag erfolgen, so würde er von Deutschland gewissenhaft geprüft werden. Es folgt die erste Lesung der

## Novelle zum Schutzhaftgesetz.

Staatssekretär Wallraf: Das Reichsmilitärgericht hat der Anwendung des bestehenden Schutzhaftgesetzes engere Grenzen gezogen, als in der Absicht des Gesetzgebers lag. Es hat

### jede Entschädigung abgelehnt.

wenn die Aufhebung der Schutzhaft nicht auf Grund der vollziehenden, sondern der gesetzgebenden Gewalt erfolgte. Nach der neuen Fassung des Gesetzes werden von dem Reichsausschuß alle Maßnahmen erfaßt, die auf Grund der Befehle über den Krieges- und Belagerungszustand verhängt worden sind. Ferner wird durch die Novelle auch Entschädigung für die Zeit vor dem Erlass des Gesetzes angeordnet, allerdings mit der Vorgangung, daß nicht über den 1. August 1915 hinauszugehen wird und die Entschädigung auch nicht gezahlt werden soll, wenn die Entlassung aus der Schutzhaft vor dem 20. Dezember 1916 erfolgt war. Einem weiteren Wünsche des Reichstags, festzusetzen, daß wenn der Tatbestand nicht zur Verhängung der Schutzhaft ausreicht, er auch nicht ausreichen dürfte für Ausweisungen usw., glaubte die Regierung nicht zustimmen zu können.

Abg. Wendel (Soz.):

So erfreulich es auch jetzt ist, daß eine Besserung des Gesetzes eintritt, so ist es doch zu bedauern, daß das Gesetz allein nicht genügt, die Willkür einzudämmen. Auch ist zu befürchten, daß die Bestimmungen der Novelle nicht ausreichen, um einen befriedigenden Zustand zu schaffen. Die Willkür ist eine Bestie mit starken Krallen. Besonders blutig gestaltet sich die Schutzhaft in Elsaß-Lothringen. Stundenlang sehe ich darüber reden. Alles, was in den letzten Tagen an Gewalt und Willkür hier vorgebracht worden ist, ist nur ein schwacher Schimmer von dem, was sich täglich in Elsaß-Lothringen vollzieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei haben auch diese vielfachen Quälereien der Elsaß-Lothringer mit Kriegsnotwendigkeiten gar nichts zu tun und selbst, wenn man den militärischen Rohstoff ansetzt, findet man keinen Sinn und Verstand in diesem Vorgehen. Es handelt sich dort, wie eine Zeitung schrieb, um eine Frauenpolitik.

„Die neue Regierung hat ausgetobt, das Meer schwefelt aus.“

(Hört! hört!) Das dortige Vorgehen erinnert an eine Erzählung in Hegels „Geschichte der Philosophie“. Hegel erzählt, daß wenn sich in China ein Sohn über den Vater beschwert, er, wenn er Unrecht hat, erdroffelt wird, hat er aber Recht, so bekam er 100 Wambuschschieße und wurde auf 8 Jahre verbannt. (Gehterkeit.) Hundert und aber Hundert ruhige friedliche Bürger sind im Anfang des Krieges in Schutzhaft geschleppt worden. Ein großer Teil von ihnen mußte nach Anfrakturen des Schutzhaftgesetzes entlassen werden, weil auch nicht der geringste Grund für ihre Verhaftung aufgefunden werden konnte. Wie merkwürdig die Entschädigungsansprüche behandelt werden, herrscht der heute im „Vorwärts“ veröffentlichte Fall des Gewerkschaftsangehörigen Gengen. Es ist ein wahrer Hohn auf die Entschädigungspflicht des Staates. Die Begrenzung der Entschädigung auf die Fälle, die nach Anfang Dezember 1916 ent-

lassen sind, ist viel zu eng. Danach würde von der Entschädigung z. B. auch nicht ergriffen ein katholischer Pfarrer, der im August 1914 in Schutzhaft genommen wurde. Es ist dies ein ganz besonders trauriger Fall! Auf dem Wege zum Nachbargort traf ihn ein Militärkoffwagen. Ein Oberst des 1. Bayer. Inf.-Reg., der darin saß, fragte ihn aus, wer er sei, woher er komme. Am Tage darauf kam der Pfarrer in Schutzhaft. Auf Verfragen gab der Oberst als Grund an, der Pfarrer habe so stammelnd geantwortet, daß er ihn für schuldig hätte halten müssen. Dabei wurde festgestellt, daß der Pfarrer an einem Sprachfehler leidet. Trotzdem wurde er 3 Monate in den Kasematten von Ehrenbreitstein festgehalten. (Hört! hört!) Ein ähnlicher Fall beweist, daß selbst Schwerkranker als eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches gelten. Wenn man schon die Ausweisungen aufrecht erhält, so wäre es doch das Mindeste, daß man die Opfer dieses Vorgehens onständig bekann, daß und vor Not schützt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was es mit dem Wachen von der fittischen Küstung des Krieges auf sich hat, beweist die Deunzationsliste, die gleich bei Anfang des Krieges in Elsaß-Lothringen einsehlich. Gegen einen Gastwirt wurde vorgebracht, daß ihm französische Soldaten während der Besetzung des Ortes gestanzt hätten, obwohl doch der Mann dagegen gar nichts tun konnte. Einem Fabrikanten wurde der Vorwurf gemacht, daß er früher einmal Schießbaumwolle für die französische Armee geliefert habe. Wenn man nach diesem Prinzip verfahren will, so kann man fast

die ganzen Vertreter der deutschen Waffenindustrie in Schutzhaft setzen. Einem Geistlichen wurde verurteilt, daß ihn französische Amtsbrüder besuchten. Die Novelle bringt eine geringe Besserung, welche uns aber natürlich bei weitem nicht genügt. Es muß dafür gesorgt werden, daß sie Körner und Jähne bekommt, schon aus politischer Klugheit. Die verhängende Wirkung der Militärkassur ist so weit fortgeschritten, daß wir in Elsaß-Lothringen jedes Vertrauen verloren haben. Bei Kriegsausbruch herrschte große Begeisterung in den Reichsländern. Hätte man in Friedenszeiten darüber abstimmen lassen, ob Elsaß-Lothringen zu Deutschland oder Frankreich gehören sollte, so hätten sich 2/3 der Einwohner aus Vernunftgründen für Deutschland entschieden. Heute ist es glücklich so weit, daß sich eine Mehrheit für den Anschluß an Frankreich finden würde, nicht aus Liebe zur Tricolore, sondern aus momentaner Verbitterung über die militärische Gewalttätigkeit. Der Reichstag möge ganze Arbeit machen, um damit das Vertrauen der Elsaß-Lothringer wieder zu gewinnen. Es nützt nichts, daß wir Elsaß-Lothringen erfolgreich nach außen verteidigen und es doch innerlich verlieren. Die Reichsländer müssen die Rechte eines deutschen Bundesstaats, müssen ihre Selbstverwaltung gewinnen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern Wallraf: Herr Wendel hat behauptet, daß sich heute ein großer Teil der Elsaß-Lothringer für den Anschluß an Frankreich entscheiden würde. Er hat damit sich und seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen.

Abg. Waltherr (Sp.): Es ist eine Folge der Militärpolitik, daß die Begeisterung, die zu Anfang des Krieges in Elsaß-Lothringen herrschte, sich fast in ihr Gegenteil verwandelt hat. In vielen Hunderten von Fällen, wo sich die Ausweisung oder die Aufenthaltsbeschränkung als unbegründet erwiesen hat, durften die Betroffenen doch nicht in die Heimat zurückkehren, weil der Militärbehörden einfach erklärte, er glaube nicht an die Harmlosigkeit der Leute und lasse sich nichts vorschreiben. Dieser Willkür muß vorgebeugt werden.

General Wrisberg: Daß Fehler vorgekommen sind, haben wir in der Kommission seinerzeit glatt zugegeben. Ein Teil der Fälle, die Herr Wendel anführte, sind inzwischen erledigt. Was den Fall des Arbeitersekretärs Gengen anlangt, so hat er 800 M. Entschädigung für das ihm entgangene Gehalt verlangt, während die Hälfte des Fabrikarbeiterverbandes das volle Gehalt an seine Familie für die Zeit gezahlt hat. Es ist ihm also kein Schaden erwachsen. Im letzten halben Jahre sind im übrigen über 200 Elsaß-Lothringer, die ausgewiesen waren, in ihre Heimat zurückgekehrt.

Abg. Rießer (natl.): Wenn die Behauptung des Abg. Wendel richtig wäre, daß ein großer Prozentsatz der Elsaß-Lothringer für den Anschluß an Frankreich stimmen würde, würde das die Symptomie für die Autonomie Elsaß-Lothringens herabmindern. Verworfen über eine unglaubliche Art der Verhängung der Schutzhaft, wie sie früher laut wurden, sind in letzter Zeit kaum mehr erhoben worden. Das Gesetz hat also gut gewirkt. Die Beschränkung der Entschädigung auf die Zeit nach dem 20. Dezember 1916 erscheint auch uns zu weitgehend.

Abg. Gröber (S.): Auch ich finde die Beschränkung der Militärbehörden in Elsaß-Lothringen für zu weitgehend. Eine Entschädigung an die von der Schutzhaft Betroffenen muß gewährt werden. Mit seiner Behauptung über die Stimmung in Elsaß-Lothringen hat Herr Wendel seiner Sache nichts genützt.

Abg. Reibel (L.): Wir werden am Ausbau der Novelle mitwirken, wenn wir auch meinen, daß wir eine Waffe zur Verhütung von Spionage im Operationsgebiete haben müssen. Die Behauptung des Abg. Wendel wirkt kriegerisch. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.): Die Handhabung der Schutzhaft ist rigoros. Ein Arbeiter wurde ohne Angabe von Gründen monatelang in Schutzhaft gehalten. Seine Kinder wurden nach einem Kölner Waisenhaus gebracht, während seine Frau gleichfalls inhaftiert wurde. Als es den beiden endlich gelang, sich zu finden und nach ihren Kindern zu suchen, erhielten sie diese nach langen Bemühungen in einem Zustande zurück, dem eines der Kinder erlag. Der Münchener Schriftsteller Erich Kästner wurde nach Traunstein gebracht und dort gequälert, als Handelsreisender in die dortige Handelsbank gegen ein tägliches Honorar von 3 M. einzutreten und die untergeordneten Arbeiten zu verrichten. Wir verlangen zum mindesten eine zeitliche Begrenzung der Schutzhaft und das Recht des Inhaftierten auf Angabe von Gründen.

Abg. Haas (Sp.): Wir freuen uns über die Vorlage, müssen aber betonen, daß sie noch weiteren Ausbaus bedarf. Selbst an vielen Fällen der Inhaftierung ist das Reichsmilitärgericht, das sich vielfach für unzulässig erklärte und das Schicksal der Betroffenen dem Gutdünken der Militärbehörden überließ. Trotz des freisprechenden Urteils ist es vielen

### Opfern eines schuftigen Deunzianten

nicht möglich, in ihre Heimat zurückzukehren. (Hört! hört! b. d. Unabh. Soz.) Der Desinfektor Konstantin Kempe in Rappoltsweiler war ausgewiesen. Die Ausweisung wurde vom Reichsmilitärgericht zurückgenommen. Trotzdem erklärte der Militärbehördenhaber, er könne ihn unter Berücksichtigung der militärischen Lage nicht lassen. (Beif. Hört! hört!) Ist das nicht ein Hohn auf das Schutzhaftgesetz? (Sehr wahr!) Die Heugung des Abg. Wendel über den vorausgesetzlichen Ausgang einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen habe ich mehr als eine bringende Warnung aufgefaßt. Wahrscheinlich würde eine solche Abstimmung die jetzige große Erbitterung über das Militärregiment wiedergeben. Möge der Reichstag beweisen, daß er bereit ist, mit diesen Zuständen aufzuräumen, dann werden auch die Elsaß-Lothringer trotz ihrer, sich als Deutsche fühlen zu können. (Lebhafter Beifall.)

General Wrisberg: In den Einzelfällen müßte man auch die Gegenseite hören. In dem einen Falle hatte das Reichsmilitärgericht nur die Aufenthaltsbeschränkung innerhalb Deutschlands aufgehoben. (Große Unruhe. Zurufe: Wollen Sie Elsaß-Lothringen für außerhalb Deutschlands erklären?)

General Röhren erwidert auf eine gestrige Anfrage des Abg. Haas, daß die Briefzensur in einem von diesem erwähnten Falle dem ungeschriebenen Recht der Staatsnotwehr entsprechende. (Abg. Haas [L. Soz.]: Das gibt es nicht, es gibt nur Gesetze!)

Abg. Voelke (Soz.): Gerade in der ersten Zeit sind die schwersten Fälle unbeschuldigter Schutzhaft vorgekommen. Daher muß die Entschädigung auch auf diese Fälle ausgedehnt werden. — Die Behauptung des General Wrisberg, daß nur zwei Fälle von neuerlicher Ausweisung trotz Aufhebung der Ausweisung durch das Reichsmilitärgericht vorgekommen seien, trifft nicht zu. In einem weiteren mitgeteilten Falle ist eine Frau jetzt aus genau den Gründen ausgewiesen, die seinerzeit zu der inzwischen vom Reichsmilitärgericht aufgehobenen Schutzhaft geführt hatten. (Hört! hört!)

Die Aussprache wird geschlossen. Das Gesetz wird an eine Schutzhaft-Kommission verwiesen.

Auf Antrag des Abg. Gröber (S.) wird nun zunächst der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission betr.

### Die Vizepräsidenten

auf die Tagesordnung gestellt.

Abg. Gröber (S.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Praxis, daß der Präsident mit den untereinander gleichberechtigten Vizepräsidenten die Stellvertretung regelt, hat sich in Oesterreich sehr gut bewährt.

Abg. Ledebour (L. Soz.): Es wird notwendig sein, die Reihenfolge der Vizepräsidenten sofort für die ganze Session festzustellen, um alle Differenzen unendlich zu machen. Wir möchten aber, daß morgen alle drei Vizepräsidenten neu zu wählen sind, nicht aber daß, wie die Kommission vorschlägt, stillschweigend die jetzigen beiden Vizepräsidenten als gewählt anerkannt werden.

Abg. Graf Westarp (L.): Die Darstellung der Presse, wie hätten es abgelehnt, in das neue Präsidium einzutreten, trifft nicht zu. Wir erkennen vielmehr kein dauerndes geschäftliches Bedürfnis an, die Post der Vizepräsidenten zu vermindern. Der Zweck der Vorlage ist offenbar auch nur, den Anspruch der Sozialdemokraten auf einen Vizepräsidenten zu erfüllen. Wir können diesen Anspruch als berechtigt nicht anerkennen. Eine Tradition, die Präsidenten aus den stärksten Parteien zu entnehmen, besteht nicht. Von 1879—1896 hat das Haus konserverhafte Präsidenten gehabt, obwohl andere Parteien stärker waren. Offenbar sind es also politische Erwägungen, die dahin führen sollen, den Anspruch der Sozialdemokraten zu befriedigen, und diese Erwägungen können für uns nicht bestimmend sein. Wir halten auch den bisherigen Modus für richtig, daß das Haus selbst die Reihenfolge der Stellvertretung des Präsidenten festsetzt.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. Gröber (S.) und Ledebour (L. Soz.) wird der Antrag angenommen.

Abg. Dove (Sp.) legt hierauf seine Vizepräsidentenschaft nieder.

Abg. Paasche: Ich kann nicht dasselbe tun, sonst haben Sie morgen gar keinen Präsidenten. (Gehterkeit. Zurufe: Alterspräsident!)

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr. (Wahl des Präsidiums, Etat des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Das Reichsstempelgesetz im Hauptauschuß.

Am Freitag begann die Beratung mit der Frage, ob Kriegsanleihe von der Stempelabgabe befreit werden solle. Die Vorlage schlägt die Befreiung vor, was Abg. Gothein bekämpft. Reil aber verteidigt. Graf Röhren erklärt, den Antrag dieser Abgabe nicht entbehren zu können. Die Befreiung wird beschlossen. Eine lange Debatte entsteht über den Vorschlag einer weit schärferen Besteuerung der Spekulation während des Krieges. Unterstaatssekretär Schiffer verteidigt den Vorschlag mit dem Hinweis auf die geradezu

Wüste Spekulation, die bei der jetzigen Geldflüssigkeit eingeseht habe. Gerade die Kriegsgewinnler hätten lange nicht in dem Maße, wie es ihrer wirtschaftlichen Kraft entspricht, Kriegsanleihe gezeichnet; diese Leute seien mit einer seltenen Prozentigen Verzinsung nicht zufrieden. Reil beantragt, für die Kriegszeit 6 vom Tausend zu erheben. Der Antrag wird in einer Unterabstimmung zunächst angenommen, dann aber im Zusammenhang abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Riehers, wonach der Steuersatz allgemein und dauernd 1 vom Tausend betragen soll (gegenüber 8 vom Tausend der Vorlage).

Nach Durchberatung einiger weiterer Punkte erfolgt Vertagung. Sonnabend Fortsetzung und Beschluß über die Steuerflucht.

## Arbeitskammern.

Am Freitag erklärte die Regierung vor der Abstimmung über den zu § 1 der Vorlage gestellten Antrag, daß der Antrag der Nationalliberalen keine Aussicht auf Zustimmung der Regierung habe. Dr. Dier (S.) brachte nunmehr einen Änderungsantrag dazu ein, der vor allem für bestimmte Arten von Betrieben sachliche Kammern zulassen will; dadurch sollen die Staatsbetriebe isoliert werden. Es entspann sich noch eine Debatte über den Unterschied zwischen dem Antrag Trimbom und dem der Nationalliberalen. Die Regierung will der Territorialkammer nicht den ihr durch den nationalliberalen Antrag verschafften Vorrang gestatten, vor allem aber will sie bei der Errichtung der Handkammern nicht abhängig sein von der Stellung der Arbeiter und der Arbeitgeber zur Bedürfnisfrage. — In der Abstimmung wurde der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, Arbeiterkammern zu schaffen, abgelehnt. Der Antrag Bender und Genossen (Gewerkschaftsvorschläge) wurde mit 15 Stimmen angenommen, wonach nunmehr für alle Arbeiterkammer und Arbeitgeber bezügliche Arbeiterkammern zu errichten sind. Dadurch erledigten sich alle übrigen Anträge. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Wehrens, der bei dem Reichswirtschaftsamt einen Arbeiterkammerauschuß errichten will. Ein zweiter Antrag Bender u. Gen. zu § 1 der Vorlage begreift, daß zur Wahrung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer bei jeder Arbeitskammer

### eine besondere Arbeitnehmerabteilung

errichtet wird, die aus den Arbeitnehmern der betreffenden Arbeitskammer gebildet wird. Wiffel (Soz.) begründete diesen Antrag, dieses Recht der Arbeitnehmer auf eine besondere Vertretung, nachdem man den Arbeitgebern in 55 Landwirtschaftskammern, 62 Handwerkskammern und 85 Handwerkskammern eine reine Interessenvetretung geschaffen habe. Die Regierungsbetreiber riefen von solchen besonderen Arbeitnehmervertretungen ab, weil dadurch die Arbeitskammer ihrem eigentlichen Zweck entfremdet würde, „den sozialen Frieden zu fördern“. Hierfür sei das Zusammenarbeiten, das paritätische Arbeiten in allen Fragen erforderlich. Wiffel (Sp.) trat für den Antrag ein und auch Abg. Othe (S.) hielt im Interesse des gewerblichen Friedens gerade eine offizielle Zusammenkunft der Arbeitnehmervertreter für zweckmäßiger, um inoffizielle Zusammenkünfte nach Möglichkeit zu vermeiden.

## Hilfsdienstausschuß.

In der Sitzung des Hilfsdienstausschusses erstattete am Freitag Oberst v. Braun Bericht über die Reise, die zu der Beschäftigung der Arbeiterlager in Elsaß-Lothringen von einer Kommission des Hilfsdienstausschusses unternommen wurde.

Daran schloß sich dann ein Bericht des Abg. Stücken über die gleiche Sache. Die Berichte wichen in Einzelheiten, insbesondere aber in den Schlußfolgerungen voneinander ab. Die eingehende Debatte führte zu dem Resultat, daß die drei Abgeordneten, die an der Reise teilgenommen haben, bis zur nächsten Sitzung einen gemeinsamen Bericht vorlegen sollen. Die Vorschläge des Abg. Stücken wurden vom Kriegsamt angenommen.

Abg. Wiebe berichtet dann über eine Petition aus den Kreisen der Angestellten. In den Werkbetrieben der Marine werden Angestellte, die von Privatverträgen kommen, nicht eingestellt, wenn

Ihre frühere Firma nicht damit einverstanden ist. Der Vorteil der Gewährung des Abfahrtscheins wird dadurch illusorisch gemacht, denn die Leute sind in ihrem Fortkommen gehindert. — Geheimerat Harms erklärt, daß der Staatssekretär bereits eine Verfügung erlassen habe, in der dieses Verfahren nicht gebilligt wird. Abweisungen der Privatunternehmen sind für die Marine nicht bindend. Im Zusammenhang damit steht eine Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten, über die Abg. Bauer-Breslau berichtet. Die Howaldwerke verweigern ihren ledigen Angestellten eine Teuerungszulage. Der Schlichtungsausschuß gab den Angestellten recht. Die Firma fügte sich diesem Spruch nicht, sondern erließ den Abfahrtschein. Die Marineverwaltung lehnte aber dann die Einstellung ab und ein Teil der Leute ist schließlich militärisch eingezogen worden. — Geheimerat Harms erklärt, daß es schwierig sei, in Privatbetrieben bestimmend einzugreifen. — Abg. Bauer betont noch, daß der Schlichtungsausschuß festgestellt hat, daß die Howaldwerke schlechter zahlen als andere Werke. Bei den Howaldwerken ist ausländisches Kapital in großem Maße beteiligt, es liegt also gar kein Anlaß vor, dieses Werk zu bevorzugen und ihm zu gestatten, schlechtere Gehälter zu zahlen als wie z. B. die Germania-Werke. — Abg. Giebel unterstützt diese Ausführungen. Die Petition wird dem Kriegsamte einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

## Gewerkschaftsbewegung Forderungen der Holzarbeiter.

In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Holzarbeiter in Berlin wurde der Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Ortsverwaltung in der ersten Hälfte des Jahres 1917 abgelesen. Er sagte unter anderem, die Holzarbeiter der Ortsverwaltung richtete sich in erster Linie darauf, die Lohnverhältnisse der Kollegen so zu gestalten, daß sie mit der Teuerung einigermaßen im Einklang kommen. Die nach der Vereinbarung vom November 1917 am 15. Februar und am 1. April dieses Jahres eingetretene Lohnerhöhung von je 5 Pf. pro Stunde konnte nicht entfernt ausreichen, um den Teuerungswert der Löhne gerecht zu werden. Lediglich die Durchführung dieser geringen Zulage bei einem Teil der Arbeitgeber auf Schwierigkeiten. In 40 Einzelfällen mußte deshalb verhandelt werden. Mit Rücksicht auf die besondere Lebensmittelpreiserhöhung in Berlin hatten die Kollegen außer der vereinbarten Lohnzulage von je 5 Pf. weitergehende Forderungen gestellt und diese auch in einer Reihe von Betrieben, zum Teil mittels Arbeitsniederlegung, durchgesetzt. Trotzdem sind die Löhne immer noch nicht ausreichend, da ja nicht nur die Lebensmittel, sondern alle Bedarfsgegenstände eine ungeheure Preissteigerung erfahren haben und noch fortwährend steigen, so daß eine weitere Lohnerhöhung unbedingt notwendig ist. Dem Bericht folgte eine längere Diskussion, in der der vom Referenten berichtete Nützlichkeitsstreik Ende Januar, sowie andere allgemeine Fragen behandelt wurden.

Hierauf berichtete Glöck über die neuerdings eingeleiteten Schritte, welche sich auf eine weitere Lohnerhöhung richteten. Die Ortsverwaltung hat an die Arbeitgeberorganisation die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, wegen einer durch die steigende Teuerung bedingten Lohnaufbesserung zu verhandeln. Die vereinigten Arbeitgeberverbände der Holzindustrie haben darauf geantwortet, sie lehnen es unbedingt ab, über diese Frage zu verhandeln, da durch die Vereinbarung vom November 1917 die Löhne bis zum 15. Februar 1919 geregelt seien. — Darauf hat die Ortsverwaltung den Arbeitgeberverbänden erwidert, die Vereinbarung könne nicht so ausgelegt werden, als ob trotz fortschreitender Teuerung die Forderung einer weiteren Lohnerhöhung unzulässig sei. Es sei ja nicht die Schuld der Arbeiter, wenn der Kriegswucher immer weiter um sich greife. Die Arbeiter befänden sich in einer Zwangslage, wenn sie ihr Einkommen mit den erhöhten Kosten der Lebenshaltung im Einklang zu bringen suchen. Da die Arbeitgeber jede Verhandlung ablehnen, könne die Ortsverwaltung keine Verantwortung dafür übernehmen, wenn in den Betrieben Differenzen entstehen.

Die Holzarbeiter haben mit Rücksicht auf die verschiedenen Lohnhöhen in den einzelnen Betrieben und Branchen eine Lohnerhöhung von 30 bis 40 Pf. pro Stunde für notwendig. In einer Reihe von Betrieben ist diese Forderung bereits gestellt und bewilligt worden. Auch in anderen Betrieben, wo Aussicht auf Durchföhrung ist, soll die Forderung gestellt werden. Sollte es inzwischen zu Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation kommen, dann wird abzuwarten sein, was dabei herauskommt.

Die Versammlung beschloß, die Forderung einer Lohnerhöhung von 30 bis 40 Pf. in den Betrieben zu stellen. Gemäß einem Beschluß der vorigen Generalversammlung hat die Ortsverwaltung die Frage geprüft, ob der Kosten des nicht wiedererwählten Kandidaten Fendel neu zu belegen sei. Sie hat, wie Glöck mitteilte, auch die neuen Kandidaten erhoben. Vorwürfe eingehend geprüft und die Befürworter gebeten und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorwürfe nicht begründet sind. Die Ortsverwaltung ist der Meinung, es entspräche nicht den Interessen der Kollegen, wenn Fendels Funktion, die sich auf die Verhältnisse der Flugzeugfabriken erstreckt und eine mit den dortigen Angelegenheiten eingehend vertraute Person erfordert, einem anderen übertragen würde.

In der Diskussion erklärte Giebel, Fendel sei sowohl für seinen Kosten unzureichend, weil er seine gewerkschaftliche Stellung benutze, um Einfluß zu gewinnen der Sozialdemokratischen Partei (Wahlvorbereitung) auszuüben, Fendel verwehrt sich gegen diesen Vorwurf. Er sympathisiere allerdings mit der sozialdemokratischen Wahlkampfpartei, aber er habe keine Stellung in der Gewerkschaft niemals zugunsten seiner politischen Überzeugung mitgebracht.

Die Versammlung beschloß, daß es bei der von der vorigen Generalversammlung beabsichtigten Nichtwiederwahl Fendels bleibt und die Stelle auszufüllen ist.

### Vorstandswahl der Mater.

In der letzten Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Arbeiterverbandes wurde die Wahl des Vorstandes ohne Debatte vollzogen. Der vom Hauptvorstand angestellte Vorsitzende Nieß, gegen den sich in den vorhergehenden Versammlungen eine lebhaftige Opposition bemerkbar gemacht hatte, bleibt im Amt, da seine Wahl nicht durch die Filiale erfolgt. Wiedergewählt wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder: Schriftführer Frick, Beisitzer Kötter und Geng, Kassierer Teuber und Erhardt. Da laut Beschluß der vorigen Versammlung der Vorstand um zwei Mitglieder vergrößert werden sollte, wurden weil als selbstvertretender Vorsitzender und Kasse als dritter Beisitzer gewählt.

Die Branche der Küchenmöbelmacher beantragte, den „Vorwärts“ wieder als Publikationsorgan zu benutzen, da der gegenwärtige Zustand, wo der Vorstand nichts im „Vorwärts“ veröffentlichen darf, zu unhaltbaren Verhältnissen geführt habe. — Nachdem lebhaft für und gegen den Antrag gesprochen worden war, wurde er gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

fermer beschloß die Versammlung auf Antrag der Ortsverwaltung, den monatlichen Beitrag vom 1. Juli ab um 10 Pf. zu erhöhen.

### Ladenschluß und Bevölkerungspolitik.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen schreibt hierüber: Der Krieg hat für manche Kleinhandlärer schwere Zeiten gebracht. Die Warenknappheit hat schon das äußere Bild der meisten Verkaufsgeschäfte völlig verändert. Aus den Schaufenstern sind viele Warenregale völlig verschwunden. Ja, dieses im Frieden so wichtige Mittel, Käufer heranzuziehen, ist vielfach zum Stiefkind geworden. Die notwendige Spararbeit mit Verkaufsmitteln und in vielen Städten im Südwesten Deutschlands auch die Fliegergefahr, haben das Lichtermeer, in das die Hauptverkehrsstraßen sich nach Eintritt der Dunkelheit durch die großartige Beleuchtung der Verkaufsgeschäfte hüllten, verschwinden lassen. Die Kriegsverhältnisse führten dazu, daß der Bundesrat sich entschloß, durch eine Verordnung für viele Geschäfte den Ladenschluß vorzuschreiben. Was ein solcher Schritt bedeutet, erweist man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die kaufmännischen Angestellten und ein großer Teil sozial einflussreicher Geschäftsinhaber sich vor dem Kriege vergeblich bemüht, die allgemeine Durchführung des Ladenschlusses zu erreichen.

Und wenn auch der Warenmangel hart empfunden wird, an den frühen Ladenschluß hat sich das kaufende Publikum verhältnismäßig schnell gewöhnt. Diese Tatsache hat denn auch dazu geführt, daß weite Kreise des Kleinhandels, insbesondere aber die Angestellten, heute fordern, daß diese Reuerung auch in der hoffentlich nicht mehr fernem Friedenszeit erhalten bleibt. So beschloß sich der Reichstag kürzlich mit zahlreichen Eingaben, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen überreichte, in denen rund 10 700 Geschäftsinhaber und 179 000 Ladenangestellte sich für die Beibehaltung des Ladenschlusses ausgesprochen hatten. Diese und noch weitere Eingaben aus Angestelltenkreisen haben es auch diesmal nicht vermocht, den Reichstag dazu zu veranlassen, sich für die Angestelltenwünsche auszusprechen.

Die Verhältnisse, besonders in den Großstädten, erheischen aber dringend eine Verfürgung der Verkaufszeit. Es gibt kaum eine Stadt in der Bevölkerung, die so lange durch ihre geschäftliche Tätigkeit festgehalten wird, wie die Arbeiter und Angestellten der Verkaufsgeschäfte. In der langen Verkaufszeit kommen ja noch oft weite Geschäftswege, die durch die immer größer werdenden Entfernungen zwischen den Geschäfts- und Wohnvierteln in den Großstädten bedingt sind.

In der Zeit nach dem Kriege ist es besonders aus bevölkerungspolitischen Gründen zu wünschen, daß der Trieb der Städte, sich in möglichst gesunden Vororten anzusiedeln, nicht unterbrochen wird. Wenn die zahlreichen kaufmännischen Angestellten hieron nicht ausgeschlossen werden sollen, ist es erforderlich, daß ihren Wünschen in bezug auf die Einschränkung der Verkaufszeit entgegengekommen wird.

### Wo bleiben die Lohnzulagen für die Arbeiterschaft der städtischen Nieselwörter?

Die Geduld der Gutсарbeiter und Nieselwörter auf den städtischen Gütern wird auf eine harte Probe gestellt. Seit nahezu drei Jahren warten sie auf eine Lohnzulage. Die letzte Lohnzulage, in Form der erhöhten Kriegsgeldhilfe, um 10 M. pro Monat ist ihnen am 1. Juli 1917 gewährt worden. Seit Juli vergangenen Jahres sind nicht nur den städtischen Arbeitern der verschiedenen Betriebe, sondern auch den städtischen Beamten wiederholt Erhöhungen der Kriegslohnzulagen bewilligt worden. Unter dem 6. Oktober 1917 haben die Gutсарbeiter und Nieselwörter durch die Leitung der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Anträge um Erhöhung des Lohnes bzw. der Kriegslohnzulagen gestellt. Am 9. Januar d. J. wurde an die städtische Güterdeputation in dieser Angelegenheit ein Erinnerungsschreiben gerichtet. Vergeblich warteten die Arbeiter auf baldigen Bescheid. Darauf wurde am 7. März d. J. ein Schreiben in dieser Angelegenheit an den Berliner Magistrat gerichtet. Jetzt antwortete die Deputation unter dem 14. März d. J. auf das Schreiben vom 9. Januar und 7. März d. J. dahin, daß eine Erhöhung der Löhne beantragt sei. Am 21. März wurde von der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Löhne der auf den städtischen Gütern beschäftigten Personen entsprechend den Verhältnissen zeitgemäß zu erhöhen. Seit März schweben nun die Verhandlungen. Auch bei voller Berücksichtigung des Umstandes, daß die Kriegsverhältnisse den zuständigen Magistratsstellen größere Arbeitslasten aufbürdet haben und dadurch eine kleine Verzögerung in der Erledigung des einlaufenden Materials begründet erscheint, muß jedoch in diesem Falle festgestellt werden, daß eine derartige Verzögerung keinerlei Begründung oder Entschuldigung zuläßt. Die Geduld der Arbeiter, die sich in dieser schweren Zeit mit so überaus niedrigen Löhnen und nicht minder niedrigen Kriegsgeldhilfen durchschlagen müssen, kann letzten Endes auch mal reichen, wenn sich die zuständigen Stellen des Magistrats bewußt werden. Mit einem Tagelohn von 325 M. für den Arbeitstag, zusätzlich 1,15 M. für den Arbeitstag an Kriegsgeldhilfe, also zusammen 440 M. pro Tag, wie ihn die städtischen Nieselwörter zurzeit erhalten, kann heute kein Familienvater sich und seine Familie ernähren. Das sollte den zuständigen Magistratsstellen Veranlassung geben, die Bewilligung der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Zulagen ein wenig zu beschleunigen.

## Parteinachrichten.

### Der Kampf um das „Halleische Volksblatt“.

Der Prozeß, der um den Besitz des „Halleischen Volksblattes“ geführt wird, ist gestern, Freitag, zugunsten der alten Sozialdemokratie entschieden worden.

### Wirtschaftspolitik und politische Demonstration.

Die Vielefelder „Volkswacht“ wendet sich gegen die Kritik, die der „Vorwärts“ an dem Beschluß der Vielefelder Genossen geübt hat, die zugesagte Mitarbeit an einer gemeinsamen Vaugenossenschaft wegen der Ablehnung der preussischen Wahlrechtsvorlage wieder zurückzuziehen. Die „Volkswacht“ meint, wir hätten gar nicht urteilen dürfen, weil wir nach unserm eigenen Verständnis die Einzelheiten des Vaugenossenschaftsprojekts nicht kannten. Wir hätten also gehandelt wie jener Abgeordnete, der einmal erklärte: „Die Gründe der Regierung kenne ich nicht, aber ich mißbillige sie.“ So hätte auch der „Vorwärts“ gesagt: „Das Vaugenossenschaftsprojekt kennen wir nicht, aber seine Ablehnung durch die Sozialdemokratie müssen wir mißbilligen.“ Daß dieser Darstellung absolut unrichtig ist, zeigen unsere von der „Volkswacht“ selber wiedergegebenen Ausführungen, in denen es ausdrücklich heißt:

Was das Vaugenossenschaftsprojekt der Stadt Vielefeld angeht, so kennen wir seine Einzelheiten nicht. Vorteile des der Arbeiterklasse keine wirtschaftlichen Vorteile, so war die Beteiligung natürlich abzulehnen.

Wir haben also nichts weniger verlangt, als daß die Vielefelder Genossen ein und nur oberflächlich bekanntes Vaugenossenschaftsprojekt auf

jeden Fall annehmen sollten. Wir haben nur gefordert, daß Annahme wie Ablehnung aus sachlichen Gesichtspunkten erfolgen sollten. Um das zu sagen, brauchen wir die Einzelheiten des Projekts wirklich nicht zu kennen, zumal da diese nach dem eigenen Geständnis der Vielefelder „Volkswacht“ für den ablehnenden Beschluß der Vielefelder Genossen gar nicht maßgebend gewesen sind. Warum hätten sie sonst vorher ihre Mitarbeit zugesagt?!

### Warnung!

Gen. G. Thöne-Cassel erucht um Aufnahme folgender Zeichen:

In Westfalen und am Rhein versucht ein angeblicher Fischer unter Angabe unwahrer Tatsachen und unter Berufung auf ihn (Thöne) von der Parteiorganisation Unterstützung zu erlangen. Um die Genossen sicher zu machen, übergibt er diesen Briefe, die an mich zur Beförderung an meine Familie weitergegeben werden sollen. Die Parteigenossen seien hiermit vor diesem Schwindler gewarnt.

## Industrie und Handel.

### Die Lage der Kaliindustrie.

Da dem Reichstag demnächst wohl ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Kalipreise zugehen dürfte, so hat der letzte Bericht des Kalihandels ein besonderes Interesse: Der Absatz des Jahres 1917 betrug 10 042 814 Doppelzentner Reinkali im Werte von 230,6 Millionen Mark. Im Jahre 1918 — dem letzten Friedensjahre — wurden 11 103 804 Doppelzentner Reinkali im Werte von 192,1 Millionen Mark abgesetzt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Preissteigerungen, welche der Kaliindustrie in vier Kriegsjahren zugebilligt wurden, etwa 30 Proz. ausmachen. Die ersten vier Monate dieses Jahres haben infolge Wagens, Arbeiter- und Gefangenemangels einen Absatzrückgang von rund 300 000 Doppelzentner Reinkali gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres gebracht. Der Absatz betrug nämlich 4 114 000 Doppelzentner Reinkali bis Ende April dieses Jahres gegen 4 405 000 Doppelzentner Reinkali bis Ende April 1917. Die Wagenengung ist seit Mitte Februar wesentlich besser geworden und auch die Kohlenversorgung hat in letzter Zeit eine erhebliche Besserung erfahren. Dafür macht sich aber ein starker Mangel an Facharbeitern, die Reparaturen vornehmen können, fühlbar und es ist zu befürchten, daß die Landwirtschaft auch im Jahre 1918 nicht diejenige Menge Kalisalz bekommen kann, welche sie zur Düngung der Acker benötigt. Dieser Bedarf ist auf 12 Millionen Doppelzentner Reinkali gestiegen gegen 5,3 Millionen Doppelzentner Reinkali, die im Jahre 1913 an die deutsche Landwirtschaft geliefert wurden. Mit Rücksicht auf die gewaltige Nachfrage aus dem Inlande mußte das Auslandsgeschäft eingeschränkt werden. Die Folge ist, daß die Erdsalze derjenigen Kalimarken, welche noch im vorigen Jahre in größeren Mengen nach dem Auslande geliefert werden konnten, zurückgehen. Die Ausföhrungen in der Kaliindustrie für das Jahr 1918 lassen sich nicht voraussagen, da der Absatz wesentlich von der Wagenengung, sowie von der Kohlen- und Arbeiterversorgung der Kalimwerke abhängig ist. Der Auftragsbestand ist außerordentlich groß.

## Soziales.

### Betriebsunfall im Schlafraum.

In einer vielumstrittenen Frage hat das Reichversicherungsamt folgende anerkanntswerte Entscheidung gefaßt:

Der Zimmergesele R. G. ist am 19. Februar 1918 in seiner Wohnung in Witau im Schlaf durch Kohlenoxydvergiftung dadurch zu Tode gekommen, daß ein Mitarbeiter am Abend zuvor die am Ofen befindliche Klappe des mit Kohlen geheizten Ofens zu früh geschlossen hatte. G. war mit anderen als Arbeiter der Firma Wehr, J. in N. zum Bau einer Kriegsversorgungsanstalt nach Witau in Aufbruch entlassen worden. Allerdings ist nicht jeder Unfall, den ein Arbeiter bei einem auswärtigen Aufenthalt anläßlich seiner Betriebsunfall erleidet, unter allen Umständen deshalb ein Betriebsunfall, weil der auswärtige Aufenthalt durch den Betrieb bedingt ist. Vielmehr fallen auch auf Reisen für den Betrieb diejenigen Tätigkeiten, welche der Arbeiter zur Vermeidung seines Bedürfnisses nach Ruhe, Nahrung und Erholung unternimmt, regelmäßig in den Bereich seiner Eigenwirtschaft und sind daher, soweit sie ihn außerhalb derjenigen Wirklichkeit führen, an der sich die Betriebsunfälle vollziehen, in der Regel nicht durch die gesetzliche Unfallversicherung gedeckt. Dagegen ist ein Zusammenhang mit dem Betriebe dann gegeben, wenn der Arbeiter durch die besonderen Umstände, unter denen sich die notwendige Bedürfnisbefriedigung vollzieht, gewissen aus dem Betriebe und seinen Besonderheiten hervorgehenden Gefahren ausgesetzt ist. Ein solcher Fall liegt hier vor. Die Arbeiter der Firma Wehr, J. in N. hielten sich im Auftrage ihrer Firma zu Vauarbeiten für deutsche militärische Zwecke in Witau auf. Das Quartier war ihnen von der Militärbehörde angewiesen worden. Eine selbständige Einquartierung war dort aus militärischen Gründen nicht zulässig. Es stand nicht in dem Willen der Arbeiter, in einem anderen Haus Wohnung zu nehmen. Der Umfang der dem Betriebe übertragenen Vauarbeit und die drückenden militärischen Verhältnisse am Ort der Vauarbeit (Witau) hatten ferner dazu geführt, daß G. nicht allein, sondern mit anderen Arbeitern zusammen Wohnung in dem bezeichneten Hause nehmen mußten. Infolge der gegebenen Verhältnisse waren die Arbeiter auch genötigt, den Schlafraum miteinander zu teilen und dabei etwa durch Mitarbeiter geschaffene Gefahren für das Leben der anderen zu tragen. Einer solchen Gefahr ist der Erklärende der Klage am 19. Februar 1918 erlegen. Bei den durch den Krieg geschaffenen Zwangsverhältnissen, unter denen die Arbeiter der genannten Firma infolge ihrer Betriebsunfall in Witau standen, war es demnach geboten, den tödlichen Unfall der Betriebsunfall des Betroffenen in Witau zuzurechnen. (Ia 5133/18 14 B.)

### Jugendveranstaltungen.

Freilauer Vorstadt. Sonnabend, 8. Juni: Nachtwanderung nach der Ködlich. Treffpunkt: 8 Uhr abends, Alexanderplatz (Verolina). Nachzügler: Treffpunkt Sonntag früh 7.30 Uhr, Alexanderplatz (Verolina). Kostenpunkt 1,50 M. Mittwoch, 12. Juni: Diskutierabend.

Bezirk Söden. Sonntag, 9. Juni: Wanderung nach dem Dubrow-Fors. Treffpunkt 6.30 Uhr morgens am Götter Bahnhof. Kosten 2.— M.

Charlottenburg. Arbeiterjugendheim, Rosenstraße 4. Morgen Wanderung über Schildhorn nach Gatow. Treffpunkt 7 Uhr morgens am Reichsanglerplatz. Kosten 1 M. — Abends 8 Uhr im Jugendheim Vortrag.

Verantwortlich für Politik: Erik Antner, Berlin; für den ökonomischen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Anzeigenblätter.

# Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts“

Alle Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Einlieferung des nebenscheidenden Guthens ein Gratis-Probestück der räthmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Diefelbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenszweigen. Jedes Heft enthält circa 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahlanzeit, — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich gesund. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Richtiges Laufen. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Jagd im Unterseeboot usw. Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 25 Pf. pro Heft festgesetzt.

Guthens V  
In den  
Verlag „Welt und Wissen“  
Berlin-Schöneberg, Am Part 11.  
Ich bestelle hiermit ein  
Probestück kostenlos.  
Name:  
Ort:

Abgeordnetenhaus.

Universitäten und technische Hochschulen.

Es ist ein beschämendes Zeichen für den Tiefstand des preussischen Dreiklassenparlamentes, daß die Beratung des Kultusetats vor fast leeren Bänken vor sich geht. Kaum drei Duzend Abgeordnete wohnten am Freitag den Verhandlungen über das Kapitel Universitäten und technische Hochschulen bei; an kulturellen Fragen haben die Erwählten des Dreiklassenwahlrechts eben gar kein oder nur ein sehr geringes Interesse. Und dabei war die Debatte für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, nicht belanglos. Beigt sie doch, daß der Weltkrieg selbst an den konservativen nicht spurlos vorübergegangen ist, sondern daß auch sie ihre Lehren daraus ziehen müssen. Verhältnismäßig so verständige Anschauungen, wie sie der Abg. Dr. Fr m e r (L.) über die Notwendigkeit der politischen Erziehung des deutschen Volkes vortrug, wären vor dem Kriege von dieser Seite schlechterdings unmöglich gewesen. Der konservative Redner stellte sich mit seinen Ausführungen auf den Boden des sozialdemokratischen Antrags, wenn er auch die letzten Konsequenzen aus seinen Worten nicht zu ziehen wagte. Was der Abg. Dr. Fr m e r verkümmert hatte, holte Genosse Haenisch gründlich nach, indem er nach einer scharfen Abwehr der Angriffe, die in der Generaldebatte von konservativer Seite gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtet waren, mit berebten Worten für die staatsbürgerliche Ausbildung des Volkes und für die Freiheit der Wissenschaft eintrat. Doch, obwohl sich manches zum Besseren geändert hat, noch immer zahlreiche Mängel an unseren Universitäten bestehen, daß insbesondere auch hier unverantwortliche militärische Stellen ihre Hand im Spiel haben, beweist die Rede des Fortschrittlers C i c h o f f, der u. a. berechtigte Kritik daran übte, daß Ausländern, denen die Erlaubnis, auf den Universitäten zu hören, erteilt ist, von den Militärbehörden der Zugang in Universitätsstädte kurzer Hand verboten wird. Glauben die Militärs wirklich, daß das zur Erhöhung des Ansehens des deutschen Namens beiträgt?

Sonnabend Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.

Genosse Haenisch führte aus: Mit besonderer Genugtuung habe ich aus der heutigen Rede des Herrn Fr m e r entnommen, daß sich selbst in einzelnen konservativen Köpfen gewisse Erkenntnisse durchdringen beginnen. Was Herr Fr m e r über die Notwendigkeit der Politisierung des deutschen Volkes und die herauskommende Zeit der Demokratie gesagt hat, stimmt fast wörtlich mit dem überein, was ich selbst vorgestern hier ausgeführt habe. Wäre Herr Fr m e r daraus nun aber auch die einzig logische Schlussfolgerung ziehen und am Dienstag für das gleiche Wahlrecht stimmen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

An sich könnte es merkwürdig erscheinen, daß die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei sich in so eingehender Weise, wie es in unserem Antrag geschieht, um die Fragen des Hochschulunterrichts kümmert. Aber meine Partei ist eben längst über den Rahmen einer bloßen Arbeiterpartei hinausgewachsen und zu einer großen deutschen Kulturpartei geworden, die keinem Gebiet unseres kulturellen Lebens fremd gegenübersteht. (Zustimmung b. d. Soz.)

Redner verbreitet sich dann ausführlich über die Dienstvermittlung privater Geldmittel für wissenschaftliche Zwecke. Gemäß gibt es Gebiete, auf denen dagegen nichts einzuwenden ist, unter allen Umständen aber muß es vermieden werden, Unternehmern Gelder in den Dienst des volkswirtschaftlichen Studiums zu stellen, weil bei wirtschaftliche Interessen gegenüber unmittelbar aufeinanderplayen und unläuternden Einflüssen Tür und Tor geöffnet wird. Redner weist dies an einer ganzen Reihe von Beispielen nach und behandelt insbesondere den Kampf der Schwerindustrie gegen den sogenannten Kathedersozialismus. Männer wie der verstorbene Theodor Mommsen und neuerdings erst wieder Karl Bücher haben den zunehmenden Einfluß der Großindustrie auf die Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle lebhaft beklagt. Der in der Tat dringend erforderliche Ausbau des volkswirtschaftlichen Unterrichts darf ausschließlich Sache des Staates sein. Leider hat der frühere Kultusminister diesen Notwendigkeiten durchaus kein Verständnis entgegengebracht. Das hat sich jetzt im Kriege bitter gezeigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir verlangen, daß an allen größeren Hochschulen Lehrstühle für Wirtschaftstheorie, Wirtschaftsgeschichte, Handels- und Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft, Privatwirtschaftslehre, Technologie, Bankwesen, Geschichte und Wesen der Presse, Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen, politische Staatslehre im allgemeinen sowie für äußere und innere Politik im besonderen eingerichtet werden. Auch die Lehrinhalte selbst, die Seminarbibliotheken usw. sind in ganz anderer Weise auszubauen als bisher. Redner macht dafür eine Reihe ins einzelne gehende Vorschläge. Der Etat für die naturwissenschaftlichen Seminare ist in Preußen jammervoll gering bemessen, er beträgt für alle Universitäten zusammen nur rund 6000 M. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir dürfen uns in Preußen von der neuen Hamburger Universität, deren Einrichtungen in großartiger Weise geplant sind, nicht überfüllen lassen. (Sehr richtig! links.)

Auch bei den medizinischen Fakultäten verlangen wir unbedingte Parität aller wissenschaftlichen Lehrmeinungen. Dem Kommissionsantrage, der die Einführung von Professuren für Politik empfiehlt, stimmen wir mit dem Vorbehalt zu, daß auch sozialistische Wissenschaftler auf diese Lehrstühle berufen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Durch Annahme unserer Anträge werden Sie sich nicht nur um unsere preussischen Hochschulen, sondern um das ganze Volk ein großes Verdienst erwerben. (Leb. Weisfall b. d. Soz.)

Groß-Berlin

Der ansteigende Bumsbeeren.

Ein kriegsbeschädigter Rentkäufer schreibt uns: „Rehmt Rücksicht auf die kriegsbeschädigten!“ So'n Plakat prangt jetzt wohl in fast jeden Wagen der Elektrischen. Der muß nun erst wirklich dem hochverehrten Publikum vor de Reese jedammit werden, wo man doch eigentlich annehmen möchte, daß jeder Mensch schon von alleine so viele Anständigkeit besitzen müßte.

Also sage ich, weil ich det Steben wegen große Schmerzen in mein beschädigtes Bumsbeeren wahrhaftig nich aushalten konnte, eines Tages als Fahrst in de Elektrische, um nach de Fürsorgestelle meines Bezirkskommandos in de Bülowstraße zu fahren. Et war man bloß sonn Wagen mit zwei Längsthe. Weil ich vorne schon allens belegt fand, mußte ich noisierungen einen Sitzplatz an de Einjagsthe nehmen. Da hinderte mir natürlich mein versteiftes Aniefelent und ooch mein Stützapparat sehr, indem ich der Been nich so an dem Sitz anischießen kann, wie det mit gesunde Fehwerkzeuge meeflich is. So stand mein Bumsbeeren also uff de Durchjagstpromenade etwas im Wege.

Kaiser-Friedrich-Platz heißt een ganz pikkeiner Kavaliere mit Storchbeere zu, steht an meinen Fuß, sieht noch mal, ob mein Pedal noch da is, um denn doch driebler zu stolpern und mir ordentlich uff meine Bumsbeere Maule zu treten. Ich frag ihm noch 'ner Zeit, ob er sich doch nich wech jetan hätte, denn ich hätte ja 'n bißchen Schmerzen verspielt, aber unferner sei als Kriegs-trippel schon an derfeischen Leiden jehweht! Der Herr Kavaliere sagte janisch, un ich legte mir nu 'n bißchen schräge hin, um so mein beschädigtes Pedal besser aus de Trittlinte zu bringen. Mühte also noisierungen sozulagen zwei Sitzpläze einnehmen. Nachdem nu trog alladem noch des Bieren de Schaffnerin und verschiedene ein- und aussteigende Fahrgäste lieber meinen Kriegsjetwin jekolpert waren, stieg aus Halleische Tor een weibliches Wesen mit Stöckelschuhe und Ober- und Unterlicht ein, ersuchte mir, den zweiten Platz jeklässig frei zu machen, und leh sich an meine Seite nieder. Also sollte ich wieder mein Pedal in de Trittlinte bringen. Da ich aber inwischen wirklich schon jerade genug mehr oder weniger holde Füßchen uff mein Bumsbeeren trampeln geliebt hatte, so erhob ich mir dankend und nahm trotz meiner Schmerzen lieber 'n Stöckig ein.

Nach diese Erlebnisfrage ist nu aber, ob et nich besser wäre, wenn de Frohe Berliner folgendes Plakat in ihre Wagen anbringen ließe:

„!Achtung, Kriegsbeschädigte!“

„Rehmt Rücksicht auf das fahrende Publikum! Schraubt, wenn ihr einen Sitzplatz beanspruchen wollt, eure Holzbeine ab! Seht das nicht, so bequägt euch mit einem Strohplag. Denn wie leicht können sonst die Mitfahrenden über eure Holz- oder steifen Beine stolpern, hinstolpern und ernstlich zu Schaden kommen. Kriegsbeschädigte, nehmt Rücksicht auf die Mitfahrenden, die doch Gott sei Dank noch meist gesunde Gliedmaßen haben!“

Die Schätzungen der R. V. G.

In unserer am 10. April veröffentlichten Mitteilung, daß die Kleider-Verwertungsgesellschaft (Berlin, Kommandantenstr. 80/81) den Nachlaß eines gefallenen Kriegsteilnehmers zu einem von ihren Schätzern lächerlich gering bewerteten Preis erworben hatte, erhalten wir jetzt noch sieben Wochen nach einer erwiderten Judikatur des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin für Kleiderverwertung! Beigefügt sind die nach Annahme der Kleidung ausgefertigten Empfangsscheine, aus denen wir ersehen sollen, daß die Schätzer damals die Sachen zum Teil für abgetragen, verschliffen, gestickt, kämuyia, mottig erklärten und daher einen entsprechend geringen Preis festsetzen zu müssen glaubten. Wir verstehen nicht, warum man jetzt plötzlich auf jene Angelegenheit zurückkommt und welchen Gewinn man sich von einer nachmaligen Erörterung verspricht. Das Schreiben hebt hervor, die Zuverlässigkeit der Schätzer stehe außer Frage und es müsse danach angenommen werden, daß eine Veräußerung der Sachen vornehmlich sei. Wüßte der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin für Kleiderverwertung, daß wir diese Vermutung wiedergeben und uns zu eigen machen? Weichen ist sie durch nichts, und sie wird auch nicht gestiftet durch die in dem Schreiben erwähnte Veräußerung der Frau des mit Absterbung der Sachen betrauten Gerichtsvollziehers (der inzwischen verstorben ist), daß der Nachlaß ihrer bestimmten Erinnerung nach aus „Puppen“ bestanden habe. Die Frau eines Gerichtsvollziehers, in dessen Tätigkeit die Abkliederung von Nachlässen gewis nichts Ungewöhnliches und Aufregendes ist, dürfte den Sachen keine allzu eingehende Beachtung geschenkt haben. Durch die Hände ihres Mannes gingen sie schon im Oktober vorigen Jahres, und erst im April dieses Jahres wurde sie darüber befragt und veranlaßt, ihre Erinnerung aufzufrischen. Mir sicherer halten wir da das Urteil der Familie, die den Nachlaß lange in Verwahrung behielt, weil der Verstorbene lange Jahre bei ihr gewohnt und nach seiner Einberufung zum Heeresdienst sich mit einer Tochter des Hauses verlobt hatte. In dieser Familie ist und jetzt gegenüber den Urteilen der Schätzer wieder erklärt worden, daß die Sachen keineswegs so wenig wert gewesen sein können. Aus beschämteste wird uns versichert, daß in der Familie keine Veräußerung vorgekommen, sondern der Nachlaß dem abholenden Voten richtig ausgeliefert worden sei. In dem Schreiben des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin für Kleiderverwertung, das die Urteile der beteiligten Schätzer als fraglos zuverlässig bezeichnet, hat inwieweit eine Ansicht, die der Vorsitzende des Wirtschaftsbezirks, Herr Stadtrat Maas, vor Pressevertretern geäußert hat. Als von verschiedenen Seiten auf die geringe Höhe der bei der R. V. G. lästigen Schätzungen hingewiesen wurde, meinte er schäferlich: „Ja, die Schätzer sind Kaufleute, die können aus ihrer Gewohnheit nicht leicht heraus, die wollen alles billig haben!“ Nicht die in der Presse erfolgte Verminderung der Schätzungen sondern die Schätzungen selber haben bewirkt, daß die Kleidung, alte Kleider an die R. V. G. abgegeben, nicht sehr groß ist. Wir wollen aber ausdrücklich feststellen, daß inzwischen sich manches geändert hat und jetzt den Abkliederern günstigere Preise bewilligt werden.

Berliner Lebensmittel.

Der Verkauf der von der Stadtgemeinde zur Verteilung gelangenden Heringe beginnt am 12. Juni. Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Für die am 10. Juni beginnende Fleischartenperiode können die Fleischarten in Berlin in der Zeit vom 10. bis 12. Juni bei den zuständigen Protokommissionen gegen Bezugscheine auf Gruppen, Griech oder Teigwaren umgetauscht werden. Auf eine Vollkarte werden wöchentlicher 250 Gramm, auf eine Kinderkarte 125 Gramm dieser Nahrungsmittel ausgegeben. Der Warenbezug erfolgt wie bisher aus den bekannten besonders nennlich gemachten Geschäften.

Zum Umtausch berechtigt sind diejenigen, die sich bei ihrer Protokommission zur Entrohung in die Liste gemeldet haben oder nachträglich von der Abteilung für Fleischversorgung zum Umtausch zugelassen worden sind. Wer die Abmeldung seinerzeit ohne sein Versehen (z. B. infolge Krankheit oder Abwesenheit) veräumt hat, kann den Umtausch ebenfalls in der Zeit vom 10. bis 12. Juni von 8 bis 1 Uhr im Bureau für Fleischversorgung, Neue Friedrichstraße 1, Zimmer 7, bewirken.

Die Höchstpreise für Erdbeeren.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat für den Bezirk der Staatslichen Verteilungsgesellschaft für Groß-Berlin folgende Höchstpreise für Erdbeeren I. Wahl festgelegt:

Table with 2 columns: Erzeugerhöchstpreis, Großhandelshöchstpreis, Kleinhandelshöchstpreis. Rows for 9 June and 10 June.

Die obigen Höchstpreise werden mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Ueberschreitungen auf Grund der Verordnung gegen Preisstreikerei vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden.

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, den Gemeindebeschluß über die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienst der Stadt dauernd beschäftigten Personen einer Neuregelung

zu unterziehen. Insbesondere soll denjenigen Personen, die infolge Kriegsbeschädigung dienstunfähig geworden sind und die nach den bisherigen Bestimmungen zwar eine Anwartschaft besitzen, aber noch keinen Anspruch auf Ruhegeld erworben haben, Ruhegeld schon dann gewährt werden, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst bereits ein Jahr ununterbrochen in ähnlichen Diensten standen. Ebenso sind die Bestimmungen über das Witwen- und Waisengeld entsprechend neu zu regeln.

Stadtverordneten-Erwählung. Infolge Erledigung des Mandats des Stadtverordneten Dr. Kaempff, gewählt im 2. Gemeindevahlbezirk der II. Abteilung bis Ende 1918, ist die notwendig gewordene Erwahlung auf Dienstag, den 25. Juni, vormittags 10 bis 5 Uhr nachmittags, im Wahllokal Krausenstraße 8 bei Ruperti festgelegt.

Warum wir keine billigen Kirshen bekommen. Aus dem kirchengelegenen Unfortuna werden nach vorliegenden Vortragsgebnissen Kirshenpapiere gemeldet die geradezu erschauulich sind. Für die diesjährige Kirshenelemente werden zwei bis siebenfache der vorjährigen bereits sehr hohen Pachien bezahlt. In manchen Wätern wurde allein durch die Verpachtung der Kirshen ein höherer Betrag erzielt als die gesamte Eadit des Anweidens ausmacht; so zum Beispiel beim Klosterant Donhof, das im Jahre 1917 5000 M. einnahm und jetzt 24 000 M. von der Gemeinde Berlin-Friedenau allein für Kirshen erhält!

Zum städtischen Wäterdirektor wählte der Magistrat den Wäterdirektor der Ziehkommuneherrschaft Stolpe a. D. Dr. Heinrich Kuhls.

Eine blutige Familientragödie rief gestern früh im Hause Veermannstraße 10 zu Treptow große Aufregung hervor. Im ersten Stock des Vorderhauses wohnte der Kaufmann Adolf Henkel mit seiner Frau. Eine Tochter des Paares ist in Baumkühlenweg verheiratet, ein Sohn zur Artillerie eingezogen. Dieser wollte seit einigen Tagen auf Urlaub bei den Eltern. Die Eheleute lebten schon länger in einem Zwist, der gestern ein blutiges Ende nahm. Gegen 6 Uhr früh griff Henkel bei einer Auseinandersetzung zum Revolver und kretzte seine Frau durch einen Schuß in den Kopf tot nieder. Dann drohte Henkel auch seinem Sobne, der auf der Seite der Mutter stand, mit Erdschießen. Der junge Mann rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster, fiel aber so unglücklich auf die Spigen des Vorgartengitters, daß er sich den Leib aufriß. Er mußte schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht werden. Unterdessen schoß Henkel sich eine Kugel in den Kopf. Man fand ihn noch lebend und brachte ihn ebenfalls ins Krankenhaus, wo er schwer daniederliegt.

Zwei Treptower Kinder durch Gas vergiftet. Man schreibt uns: Die beiden Söhne des im Felde stehenden Kaufmanns G a s p e in der Herforderstraße in Treptow, 8 und 14 Jahre alt, wurden morgen in ihren Betten bei geöffnetem Gasbadfenster vergiftet. Hausbewohner hatten in der Nacht das Stöhnen der Knaben gehört, meldeten sich aber mit ihren Wahrnehmungen leider zu spät. Der von einem Oberlehrer angezogene, wenige Häuser entfernt wohnende Arzt Dr. K., dessen Ehefrau ebenfalls Berlin ist, weigerte sich, seine Sprechstunde zu unterbrechen. Als ein aus Berlin herbeigerufener Arzt eintraf, konnte er nur den Tod der beiden Knaben feststellen. Die Mutter der Verunglückten schlief in einem anderen Zimmer und entging dadurch dem gleichen Schicksal. Der jüngere Sohn besuchte das Treptower Realgymnasium.

Neuföden. Lebensmittel. Vom Montag, den 10. Juni, ab bis Sonnabend, den 22. Juni, darf in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezug von Jucker erfolgt ist, auf Abschnitt 118 der Neuföden Warenbezugsliste 2 Pfund Einmaderkuder entnommen werden. Diejenigen Einwohner, die von diesem Bezugsrecht keinen Gebrauch machen wollen, können an Stelle von zwei Pfund Einmaderkuder 3 Pfund Kunsthonig entnehmen. Der Verkauf von Kunsthonig wird in den städtischen Verkaufsstellen nach dem 23. Juni erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt für 1 Pfund gemahlene Jucker 42 Pf., für 1 Pfund Wärtel- oder Drotkuder 44 Pf. Da die Kleinhandeler nicht mit allen Juckerorten beliefert werden konnten, kann eine Auswahl des Käufers unter den genannten Sorten nicht stattfinden.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Bis einschließlich Donnerstag, den 14. Juni, werden auf die allgemeine Lebensmittelkarte ausgedehnt: Auf Abschnitt 80 150 Gramm Gruppen, auf Abschnitt 81 150 Gramm Teigwaren (Ausgaware) und auf Abschnitt 12 für Jugendliche 150 Gramm Gerstengröße.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten (Juli) für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren findet Montag und Dienstag durch die Protokommissionen statt. Gleichzeitig mit den Vollmilchkarten werden Zusatz-Juckerarten (Juli/August) und Nahrungsmittel-Bezugscheine (Juni) ausgegeben. Die Vollmilchkarten (Juli) für Kranke und Genesende sind in der Abteilung für Krankenernährung nach besonderer Ausgabe-Ordnung von Dienstag, den 11. Juni, bis Sonnabend, den 16. Juni, zu entnehmen. Die Ausgabe der Juli-Vollmilchkarten für werdende Mütter, sowie der Zusatz-Nahrungsmittel für stillende Mütter erfolgt in der bisher üblichen Weise durch das städtische Lebensmittelamt. — Mittwoch, den 12. Juni, und Donnerstag, den 13. Juni, gelangen Magermilchkarten (Juli/September) für Kinder im 7. bis 12. Lebensjahre, sowie Zusatz-Juckerarten (Juli/August) für Kinder im 7. Lebensjahre durch die Protokommissionen zur Ausgabe. — Vollmilchkarten und Magermilchkarten sind bis zum 16. Juni einschließlich dem Kleinhandeler vorzulegen.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 33 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 200 Gramm und auf Abschnitt 37 = 300 Gramm, zusammen 1 Pfund Teigwaren I bezw. II zum Preise von 86 bzw. 62 Pf. für ein Pfund abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 13. d. M. zu erfolgen. Auf Abschnitt 34 wird 1 Pfund Marmelade zum Preise von 92 Pf. abgegeben. Die Anmeldung hat bis einschließlich 10. d. M. zu erfolgen.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Bis morgen gelangen auf Abschnitt 99 der gelben Lebensmittelkarte Gruppen zur Verteilung. Auf jede Karte entfallen 100 Gramm zum Preise von 8 Pf. — Ferner kommen auf Abschnitt 7 der grünen Sonderkarte für Jugendliche je 100 Gramm Teigwaren zum Preise von 13 Pf. zur Verteilung.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Lichterfelde. Sonntag, den 9. Juni: Gemeinsamer Ausflug nach Klein-Plasnow. Abfahrt nachmittags 2.28 Uhr mit der Straßenbahn. Ab Haltestelle Bahnhof Ost. Treffpunkt in Klein-Plasnow bei Zühl.

Griner. Der Jubiläum findet heute abend 8 Uhr bei Eichhorn, Wilhelmstraße, statt.

Berichtszeitung.

Wegen Landesverrat verurteilt.

Unter der schweren Anklage des Verbrochens gegen § 2, Str.G.B. (sogenannter Duchsene-Paragraf) stand der Arbeiter-unterrichtete Kriegsbeschädigte Uhrmacher Georg P i a c h m a n n aus Mariendorf vor der I. Strafkammer des Landgerichts II. Der



Ein Kinderschrei.

Von Roberti Jacques.

Ein Schweizer Zug voll deutscher Verwundeten, die aus den Gefangenlagern Frankreichs entlassen worden waren, fuhr der Grenze bei Konstanz zu.

Drüben lag Deutschland. Es wartete auf sie. Und sie harrten ihm entgegen, starrend voll von den Spannungen des Wiedersehens, sturmboll aufgereizt von dem Drang ihrer Erlebnisse, die an das Tor schlugen, das in der nächsten Viertelstunde feig vor ihnen aufbrechen sollte.

Während der Zug in den Bahnhof einfuhr, rief die draußen verammelte Stadt „Hurra“ unter die Hallen. Eine Militärkapelle humpelte und brauste über die Straße der Menge hinaus.

Und noch hielt der Zug nicht, noch wälzten durcheinandergehenden die furchtbaren Kräfte über Zug und Menschen her, da schrie auf einmal eine Knabenstimme:

„Vater!“ Er schrie diesen Gruß mit einem Aufschrei, als söge sein Herz mit durch seine junge Kehle hinaus. Der Schrei schlug ihn und brandot vor Jugend allen Lärm nieder.

Ich sah den Knaben nicht, der mit ihm seinen vor Krieg, Tod und Gefangenschaft erretteten Vater begrüßte. Ich sah den Vater nicht. Er hatte er zwei Beine, zwei Arme, zwei Augen nach Hause? Ich weiß es nicht und will es nicht wissen.

Er ging über die Welt. Eine neue Zeit brüllte aus ihm... die Zeit, die die Knaben von heute aus dem Blut der Väter zur Arbeit des Kommenden erlösen wird.

Der Schrei ging wie eine Geburt aus dem südlichsten Bahnhof des Landes. Östlich ihn nach Norden, Osten und Westen! Ich sage Euch: Gott hat ihn durch die Knabenstimme geschildert, diesen verhassten stärksten Laut unserer Sprache — das Erschafferwort!

Blühender Ginster.

Mit dem Vorortzug der Silesischen Bahn fahren wir bis Rahnendorf. Nach dem Verlassen des Bahnhofes auf der Nordseite der Bahn geht's in östlicher Richtung über das Mühlenfließ.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Auch in den großen Saal begann der Tag hineinzudämmern. Durch die kleinen, angelaufenen Scheiben drang ein schmutziges, fahles Licht. Die Umrisse der Menschen und Maschinen tauchten aus dem Dunst jetzt deutlicher auf.

Der Fabrikbesitzer Hermann Buchholz befah sich die Färberei und schleppete sich weiter. Er durchquerte die Pavillons, fuhr in den Aufzügen heraus, ging die Treppen hinunter, ging durch die langen Korridore, sah den Maschinen zu, musterte die Ware, warf manchmal den Leuten einen düsteren Blick zu, manchmal sprach er kurz ein Wort, das wie ein Blitz die ganze Fabrik durchzuckte.

Überall war er. Wie die Herbstnacht, düster und schweigend, ging er umher. Wo er auftauchte, wo er vorbeiging, da verstummten die Gespräche, die Gesichter neigten sich, die Augen sahen nicht mehr, die Gestalten krümmten und bogen sich, als ob sie vor den Strahlen seiner Blicke flüchten wollten.

Er begegnete einigemal Vorowicki, der ständig in der Abteilung hin und her lief. Sie warfen sich freundschaftliche Blicke zu.

Hermann Buchholz mochte seinen Druckerdirektor, mehr noch, er schätzte ihn für ganze zehntausend Rubel, die er ihm jährlich zahlte. „Das ist meine beste Maschine in dieser Abteilung,“ dachte er, ihn anblickend.

Grätiswalde, das wir ebenfalls durchwandern, ist eine Steigung, die noch allenthalben die Spuren ihrer Jugend zeigt. Durch die Köderstraße kommen wir an die Landstraße nach Kallberge.

Ein biologisch bemerkenswerte Erscheinung weist der Ginster auf. Seine dieglamen, rutenartigen Zweige streben aus dem grauen Altholz zu wirken und undurchdringlichen Büschen auf. Die Rinne der Zweige ist von dunkelroter Farbe, die von der Anhäufung einer großen Menge Blutzug in den äußersten Astendigungen herührt.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden. Kein Schrapnell spritzt mehr seine Erde.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden. Kein Schrapnell spritzt mehr seine Erde.

Brimont.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

braust. Und er denkt an alle die Schlachten, die um ihn geschlagen wurden. Bald vier Jahre lang. An jene fremden Krieger, die sich mit verzweifelter Willenskraft an die grünen Hänge geklammert und an die Höhen geballt hatten.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Ein Aufatmen geht über den Berg. Noch hämmert die Schlacht von seinen Gängen. Noch spürt er eisernen Tod unter Donner und Witz. Aber keine Granate zerwühlt mehr seinen Boden.

Der Nährwert der Kaninchenwurstwaren.

Nur Streckung unserer knappen Fleischvorräte sind seit längerer Zeit Wurstwaren von Kaninchenfleisch im Handel, die in Geschmack und Aussehen von der „echten“ Fleischwurst oft kaum zu unterscheiden sind, aber ausnahmslos zu sehr hohen Preisen verkauft werden.

Notizen.

— Portoerhöhung in Schweden. Auch in Schweden sind die inländischen Portosätze für Briefe, Karten, Pakete, Postanweisungen und Nachnahmen erhöht worden, jedoch nicht auf ungewisse Dauer, wie in Deutschland, sondern zunächst für den Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 1918.

— Die Krim, die taurische Halbinsel, hat einen Flächenraum wie das Königreich Württemberg und die bayerische Pfalz zusammen genommen. Das Schwarze Meer samt dem von der Krim abgetrennten Kowkass Meer ist um fast 82 000 Quadratmeter größer als die Dänische, das Baltische Meer.

— Herr Welt ist erst vor einer halben Stunde weggegangen. „War er hier?“ „Fünzig Stück Weiswaren hat er verlangt.“ „Für sich?“ „Nein, im Auftrage Amstlows, nach Charkow. Eine Zigarre gefällig?“

— Der erste Buchhalter, der ihm untertänig die Zigarre anbot, stand vor ihm und stopfte sich seine Pfeife. Einige junge Burschen sahen auf hohen Sesseln und schrieben in große, rotinierte Bücher.

— Die Stille, die hier herrschte, das Aufschnallen der Federn und das monotone Ticken der Uhr wirkte auf Vorowicki aufregend. „Was hört man Neues, Herr Schwarz?“ „Kosenberg ist umgekippt.“ „Vollständig?“

— „Man weiß es noch nicht. Aber ich glaube, er wird sich vergleichen. Na, was wär's denn für ein Geschäft, eine einfache Pflanz?“ Er lachte leise und stopfte mit dem Finger den feuchten Tabak in seine Pfeife.

— „Das hängt davon ab, wie viel er von Hundert zahlt.“ „Weiß es Buchholz?“ „Heute war er noch nicht bei uns. Aber die Hühneraugen werden ihm schon weh tun, wenn er's erfährt; bei Verlusten ist er sehr empfindlich.“

— „Der Schlag kann ihn treffen“, flüsterte einer von den jungen Burschen, über sein Buch gebeugt. „Das wär schade.“ „Zurückbar schade. Gott verhüt's.“

(Wortf. folgt.)

